

**Haushaltsplan
der Stadt Nürnberg
2014**

Band 1 Gesamthaushalt



Inhalt

F. Lagebericht

F.1	Allgemeine Daten	28
F.2	Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik	29
F.3	Kurzer Rückblick auf das Jahr 2012 und aktueller Stand 2013	30
F.4	Vermögens- und Finanzlage	33
F.5	Ertragslage	47
F.6	Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit	62
F.7	Abweichungen zum Vorjahres-Finanzplan	66
F.8	Wirtschaftliche Lage ausgewählter Beteiligungen	68
F.9	Zusammenfassung und Ausblick	73

Ansprechpartner:

Finanzreferat

Tel: +49 (0) 911 / 2 31-23 52

Stadtkämmerei

Tel.: +49 (0) 911 / 2 31-25 48

F.1 Allgemeine Daten zu Nürnberg



Stadt Nürnberg	
Bevölkerung mit Hauptwohnung	495 121*
Wohnungen	284 886
Bruttowertschöpfung	19 950 000 000 (Stand: 2009)
Arbeitslose im Stadtgebiet	21 943
Arbeitslosenquote	7,6
Zugelassene Kraftfahrzeuge	282 733
Fläche (qkm)	186,4
Lage:	11°04'43" östl. Länge, 49°27'20" nördl. Breite
Höhenlage (über NN):	Hauptbahnhof 309 m, Burgberg 352 m, tiefster Punkt 284 m, höchster Punkt 407 m
Gewerbesteuerhebesatz	447
Grundsteuer Hebesatz A	535
Grundsteuer Hebesatz B (landwirtschaftlicher Grundbesitz)	332

*) auf Basis des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Nürnberg - Stand der statistischen Daten: 31.12.2012

Allgemeiner Hinweis: Bei Planzahlen für das Jahr 2014, die pro Einwohner ausgewiesen werden, wird von einer Einwohnerzahl von 500.000 ausgegangen.

F.2 Ziele und Schwerpunkte der Stadtpolitik

Nürnberg hat in den letzten Jahren die schweren Zeiten des Strukturwandels überwunden und steht als Zentrum der Metropolregion vor neuen Chancen und Herausforderungen.

Neben den harten Wachstumsfaktoren wird der Lebensqualität in Stadt und Region eine überragende Bedeutung als Standortfaktor zukommen.

Nürnberg muss wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Soziale Ausgewogenheit, optimierte Bildungschancen, kulturelle Vielfalt, ökologische Zukunftsfähigkeit und eine wirtschaftlich starke Stadt und Region sind die Schlüsselbegriffe für Lebensqualität. Ein solidarisches, liberales und tolerantes Klima ist der Boden für kreatives Leben.

Die Stadt Nürnberg und ihre Töchter bilden ein komplettes Infrastrukturportfolio. Diese Angebote werden auch künftig öffentlich-rechtlich bestimmt bleiben, Privatisierungen schließen wir aus.“

(Präambel: Miteinander für Nürnberg – Eckpunkte für eine offene Zusammenarbeit zwischen SPD und CSU für die Stadtratsperiode 2008 / 2014, Mai 2008)

Als Ergebnis der Kommunalwahl im März 2008 wurden unter dem Titel „Miteinander für Nürnberg“ von den beiden größten Stadtratsfraktionen folgende Schwerpunkte für die Stadtratsperiode 2008 bis 2014 benannt:

- Stadtentwicklung und Verkehr, u.a. mit dem Ausbau des U-Bahnnetzes, des Frankenschnellweges und von Radwegen
- Bildungs- und Sozialpolitik, mit u.a. einer bedarfsgerechten Ausweitung des Angebotes an Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit
- Umweltpolitik, u.a. mit zentralem Fokus auf die energetische Sanierung von Altbauten und einer Grün- und Straßenbaumoffensive
- Kulturstadt Nürnberg mit einer Reihe von Bauprojekten, wie u.a. die Schauspielhaussanierung, der Umbau für die Musikhochschule, die Fränkische Galerie und die neue Zentralbibliothek

- Nürnberg im globalen Wettbewerb: die städtischen Beteiligungen Messe, Flughafen und Hafen sollen in ihrem Wachstumskurs unterstützt werden.

In Ergänzung zu diesen Zielen, die unverändert Bestand für die Stadtpolitik haben, wurde im Papier „Verantwortung für Nürnberg“ in 2010 die Konsolidierung des Haushaltes im Rahmen des laufenden Sparpaketes und die Reduzierung der Neuverschuldung als wichtige, weitere Ziele formuliert. Daneben wurden die Realisierung der Deckelung des Frankenschnellwegs, der Umsetzung des Hafenverkehrskonzepts, die Einführung von Tempo-30-Zonen vor Grund- und Hauptschulen, die Fertigstellung der U3, die Entwicklung der Brunecker Str. und die erweiterte Bereitstellung von Wohn- und Gewerbeflächen genannt.

Damit wird eine Vielzahl von Maßnahmen benannt, die zum einen bereits vom Nürnberger Stadtrat beschlossen wurden, direkte und indirekte Auswirkungen auf den städtischen Haushalt seit 2008 haben und zum Teil bereits umgesetzt oder in der Umsetzung bzw. Planung sind. Auch der Haushalt 2014 sowie der Mittelfristige Investitionsplan 2014-2017 und dessen Finanzierung sind maßgeblich davon geprägt.

F.3 Kurzer Rückblick auf das Jahr 2012 und aktueller Stand 2013

Rechnungsergebnis 2012

Die Gesamtergebnisrechnung 2012 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 19,18 Mio. €. Nach einem geplanten Ergebnis von 12,3 Mio. € kann somit ein höherer Betrag im Rahmen der Ergebnisverwendung der Ergebnisrücklage zugeführt werden (bereinigt um bilanzierende Einheiten).

Das Jahr 2012 war wie im Vorjahr von einer weiterhin soliden Wirtschaftsentwicklung geprägt. Das Gewerbesteueraufkommen konnte mit 379,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr mit 354,0 Mio. € gesteigert werden, hat aber das Plansoll von 413,1 Mio. € nicht erreichen können. Die Einkommensteuer hat sich mit einem Aufkommen von 210,0 Mio. € sehr positiv entwickelt. Auch die Schlüsselzuweisungen mit 148,4 Mio. € gegenüber 137,6 Mio. € im Plan haben aufgrund des unerwartet höheren Grundbetrages zur Erreichung des insgesamt höher als geplanten Jahresergebnisses beigetragen.

Die Ergebnisrücklage konnte erfreulicherweise auf einen Wert von über 100 Mio. € (101,7 Mio. €) gesteigert werden. Sie dient weiterhin dem Ausgleich etwaiger zukünftiger Jahresfehlbeträge.

Hinweis

Zur Darstellung in der Tabelle ist zu berücksichtigen, dass die Position „Globalkonsolidierung“ im Plan 2012 nicht mehr angedruckt werden konnte, da sie im Produkthaushalt zukünftig nicht mehr weiter verwendet wird. Für die Planwerte 2012 in der linken mittleren Spalte ergibt sich damit bei der Darstellung des Jahresergebnisses ein Differenzbetrag von 17,5 Mio. €. Der Planwert des Jahresergebnisses 2012 war somit ein Überschuss von 12,3 Mio. €.

Ergebnisrechnung - Rückblick	RE 2012	Plan 2012	RE 2011	Abweichung 2011/2012
- in € -				
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-747.908.699,91	-778.173.208,00	-693.521.983,00	54.386.716,91
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-362.435.744,67	-330.922.640,00	-370.335.363,00	-7.899.618,33
3 + Sonstige Transfererträge	-5.597.069,36	-4.878.200,00	-5.309.713,00	287.356,36
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-58.390.103,69	-60.546.224,00	-56.188.913,00	2.201.190,69
5 + Auflösung von Sonderposten	-43.428.591,01	-38.487.504,00	-38.962.918,00	4.465.673,01
6 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-39.374.528,56	-36.291.391,00	-38.725.896,00	648.632,56
7 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-142.347.906,17	-139.395.049,00	-134.895.616,00	7.452.290,17
8 + Sonstige ordentliche Erträge	-82.551.946,63	-57.909.300,00	-73.724.616,00	8.827.330,63
9 + Aktivierte Eigenleistungen	-1.517.555,57	-2.801.800,00	-7.258.686,00	-5.741.130,43
10 +/- Bestandsveränderungen	-597.008,81	-724.600,00	-781.189,00	-184.180,19
S1 = Ordentliche Erträge (= Zeilen 1 bis 10)	-1.484.149.154,38	-1.450.129.917,00	-1.419.704.893,00	64.444.261,38
11 - Personalaufwendungen	365.253.053,82	311.206.889,00	296.805.816,00	-68.447.237,82
12 - Versorgungsaufwendungen	87.836.869,92	172.523.753,00	163.891.053,00	76.054.183,08
13 - Aufwend. für Sach- u. Dienstleistungen	193.149.873,47	200.291.567,00	188.757.983,00	-4.391.890,47
14 - Planmäßige Abschreibungen	89.347.253,62	82.618.462,00	83.644.737,00	-5.702.516,62
15 - Transferaufwendungen	640.243.122,72	602.713.038,00	574.562.431,00	-65.680.691,72
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	67.412.666,37	63.264.147,00	67.391.604,00	-21.062,37
S2 = Ordentliche Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	1.443.242.839,92	1.432.617.856,00	1.375.053.625,00	-68.189.214,92
S3 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=Saldo S1,S2)	-40.906.314,46	-17.512.061,00	-44.651.268,00	-3.744.953,54
17 + Finanzerträge	-25.183.837,65	-30.013.830,00	-20.046.155,00	5.137.682,65
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	49.226.663,98	53.127.160,00	53.749.877,00	4.523.213,02
S4 = Finanzergebnis (= Saldo Zeilen 17 und 18)	24.042.826,33	23.113.330,00	33.703.722,00	9.660.895,67
S5 = Ordentliches Ergebnis (= S3 und S4)	-16.863.488,13	5.601.269,00	-10.947.546,00	5.915.942,13
19 + Außerordentliche Erträge	-4.257.691,06	-552.100,00	-5.414.416,00	-1.156.724,94
20 - Außerordentliche Aufwendungen	1.936.798,73	169.700,00	784.386,00	-1.152.412,73
S6 = Außerordentliches Ergebnis (=Saldo Zeilen 19 und 20)	-2.320.892,33	-382.400,00	-4.630.030,00	-2.309.137,67
S7 = Jahresergebnis (= S5 und S6)	-19.184.380,46	5.218.869,00	-15.577.576,00	3.606.804,46

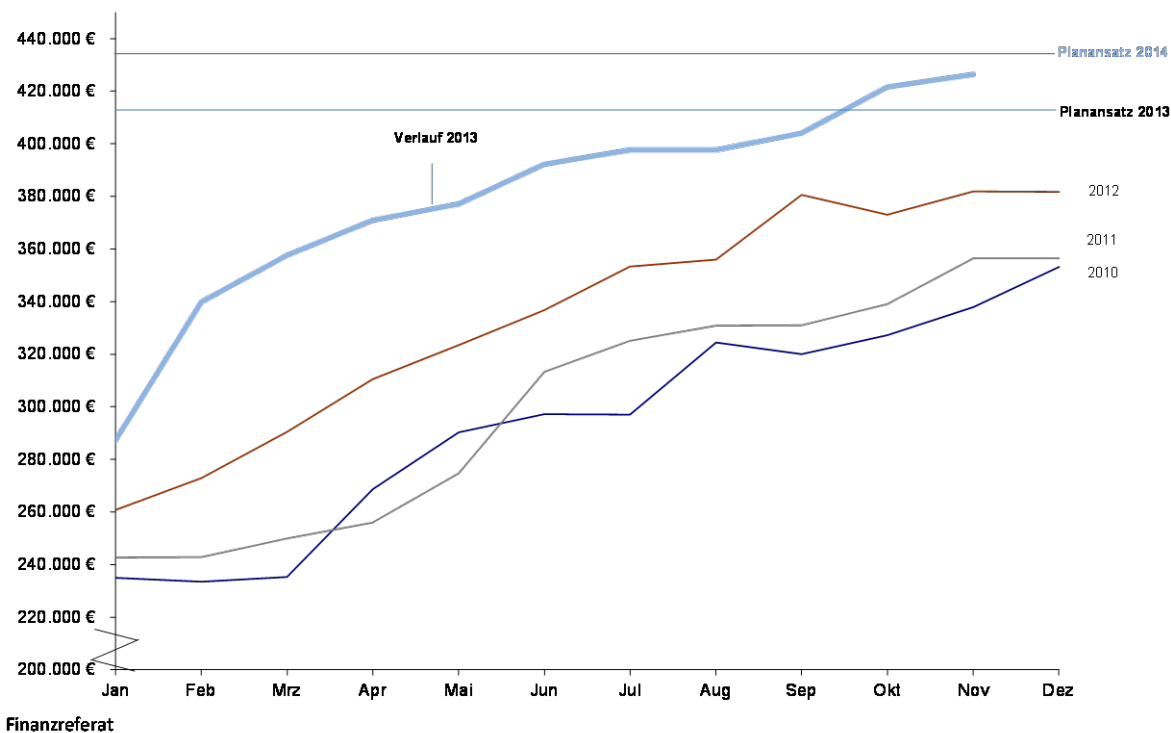
Hinweis: Der SAP-Logik folgend, haben Erträge ein negatives, Aufwendungen ein positives Vorzeichen. Daher sind auch Defizite mit Pluszeichen und Überschüsse mit einem Minuszeichen versehen.

Haushaltsjahr 2013

Für den Haushaltsplan 2013 wurde im November 2012 mit einem Überschuss von 13,0 Mio. € geplant.

Entscheidend für die Entwicklung werden die beiden Steuerhaupteinnahmequellen, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer sein. Bei der Gewerbesteuer wird der Planansatz aller Voraussicht nach übertroffen.

Aktueller Gewerbesteuerverlauf (in T€)



F.4 Vermögens- und Finanzlage

Das städtische Vermögen steigt seit Jahren kontinuierlich an.

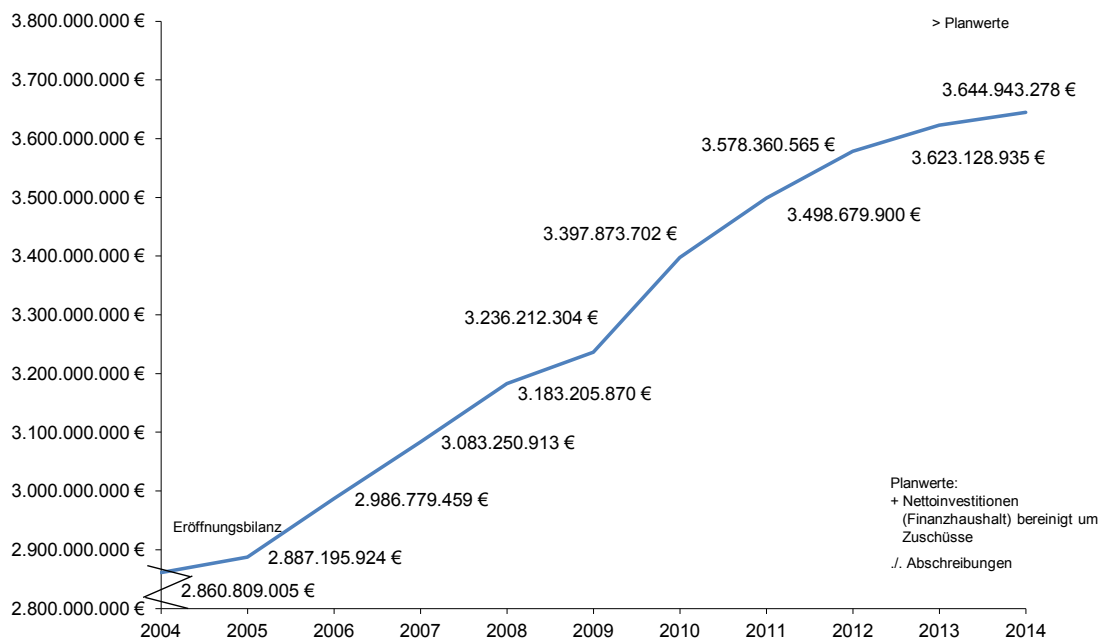
So erhöhte sich das Anlagevermögen zwischen 2011 und 2012 (für diese Jahre liegen die Bilanzen vor) um 2,3 % (Vorjahr: 3,0 %).

Die Planwerte für die Jahre 2013 und 2014 sind stark von den Aktivierungen des Anlagevermögens abhängig. Hier können sich gegenüber den dargestellten Werten in der Jahresbilanz noch deutliche Verschiebungen ergeben, die unter anderem auf den Baufortschritt im Vergleich zu den angesetzten Mitteln zurückzuführen ist.

Im Jahr 2014 werden die geplanten Nettoinvestitionen um 21,8 Mio. € über den geplanten Abschreibungen liegen.

Entwicklung des Anlagevermögens der Stadt Nürnberg

Bilanzwerte und Planwerte laut Finanzhaushalt (Nettoinvestitionen ./ . Abschreibungen)



Finanzreferat

F.4.1 Investitionen in den Jahren 2014-2017

Die städtischen Investitionen werden im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) festgeschrieben und wirken sich mittelbar auf den Ergebnishaushalt aus. Sie belasten das Ergebnis in den Folgejahren durch Abschreibungen und durch die finanzierungsbedingten Zinsaufwendungen. Ferner entstehen bei neuen Einrichtungen dauerhaft zusätzliche Betriebskosten (Personal, Unterhalt etc.).

Der MIP 2014-2017 wurde über den Gesamtzeitraum gesehen mit einem konstant hohen Niveau an Investitionen geplant. Die Werte des ersten Jahres wurden aufgrund der großen Baumaßnahmen in den Folgejahren reduziert, um die Gesamtsumme weitgehend konstant halten zu können.

Hinweis

Im Zuge der Aufstellung des ersten Produkthaushaltes 2014 wurde auch die Aufstellung des Mittelfristigen Investitionsplanes in ein neues, SAP-basiertes, Verfahren überführt. Dabei wurden Maßnahmen, die bislang außerhalb des MIP geplant wurden, bilanziell aber als Investitionen anzusehen sind, mit einbezogen, beispielsweise Bauzeitinsen. Bei den städtischen Mittel schlägt insbesondere der Einbezug der Veräußerung von Grundvermögen durch. Durch die an dieser Stelle nun aufgeführten Einzahlungen, reduzieren sich die notwendigen städtischen Mittel um 7 Mio. € p.a. oder 28 Mio. € im gesamten MIP-Zeitraum.

Die Zahlen der Vorjahre sind aus diesen Gründen nicht unmittelbar vergleichbar.

Nach neuer Logik sind im Jahr 2014 80,5 Mio. € Investitionen aus städtischen Eigenmitteln, bzw. 155,2 Mio. € Bruttoinvestitionen mit Fördermitteln vorgesehen (Angaben bezogen jeweils auf den investiven Anteil). Im vierjährigen Zeitrahmen beträgt die Investitionssumme 390,7 Mio. € an städtischen Mitteln, bzw. 750,0 Mio. € inklusive Fördermittel.

Folgende Maßnahmen sind dabei hervorzuheben:

- Für den Neubau der Bertolt-Brecht-Schule sowie der Karl-Schönleben-Schule werden ab 2014 Mittel für die Vorbereitung der Baumaßnahmen vorgesehen.
- Das Familienzentrum in der Rothenburger Straße 45 wird nun generalsaniert. Der

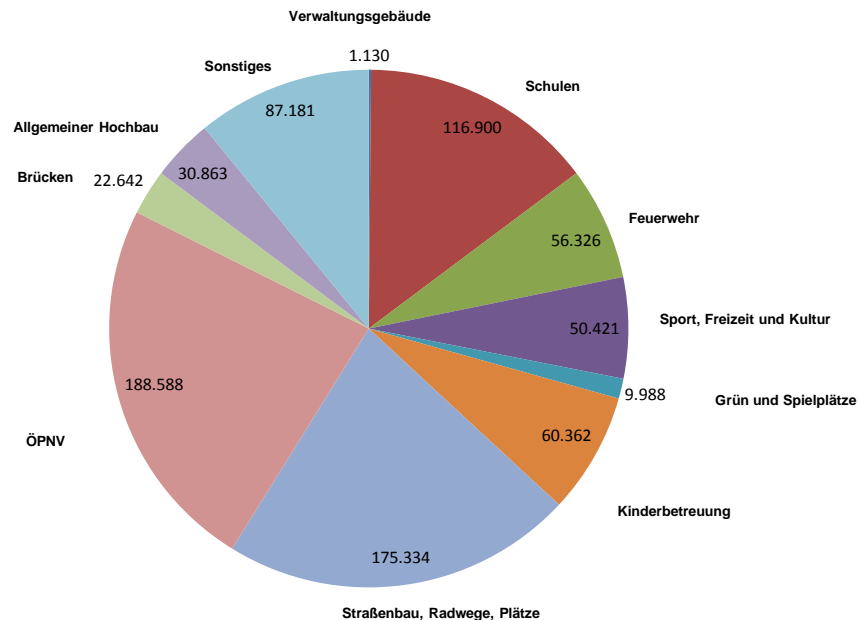
Ansatz hierfür wurde auf insgesamt 10,8 Mio. € erhöht.

- Die Beschleunigung der Straßenbahnlinie 4 (Bauabschnitte 1 und 2) wurde mit 5,5 Mio. € neu aufgenommen.
- Die Maßnahme "Hochwasserschutz Gründlachtal" wurde mit 450.000 € aufgenommen.
- Zur Vorbereitung der Generalinstandsetzung für die Zeppelintribüne werden 3 Mio. € bereitgestellt.
- Für die Errichtung einer Zentralküche für NürnbergStift wird ein Zuschuss von 1 Mio. € zur Verfügung gestellt.
- Die Sanierung des Parkdecks im Bauhof wurde mit 561.000 € neu aufgenommen.
- Für den Erwerb von Ersatz- und Ausgleichsflächen wird jährlich 1 Mio. € neu vorgesehen.
- Die Baupauschale wird wegen Änderung der Wertgrenzen aufgestockt.
- Alle weiteren Maßnahmen wurden entsprechend fortgeschrieben.

Aus technischen Gründen werden bei der grafischen Darstellung auf der nächsten Seite sowohl investive, als auch konsumtive Bestandteile des MIP abgebildet. Die Darstellungen basieren ferner noch auf der bisherigen Erstellungslogik. Voraussichtlich mit dem nächsten Haushalt werden die Werte ebenfalls auf die neue Logik und auf ausschließlich investive Bestandteile umgestellt.

Investitionsschwerpunkte 2014-2017 Bruttoinvestitionen

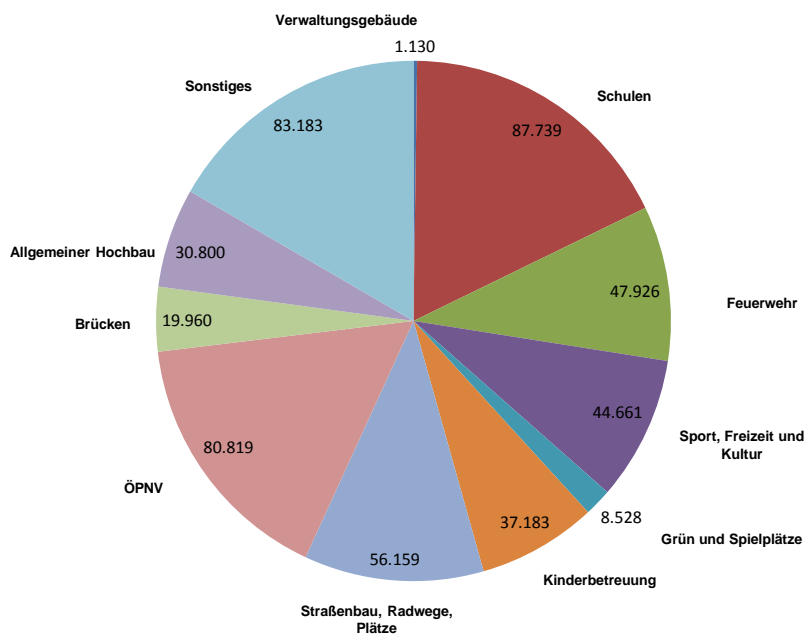
i.H.v. 799,7 Mio. € (investiv und konsumtiv in Tausend Euro im Rahmen des Mittelfristigen Investitionsplanes)



Finanzreferat

Investitionsschwerpunkte 2014-2017 städtische Mittel

i.H.v. 498,1 Mio. € (investiv und konsumtiv in Tausend Euro im Rahmen des Mittelfristigen Investitionsplanes)



Finanzreferat

Übersicht
über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Als Verpflichtungsermächtigung bezeichnet man eine im Haushaltsplan veranschlagte Ermächtigung, die es ermöglicht, Verpflichtungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen einzugehen, die erst in späteren Haushaltsjahren zu Auszahlungen führen.

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres ¹⁾	Voraussichtlich fällige Auszahlungen in 1.000 €		
	2015	2016	2017
2012	3.585	-	-
2013	47.585	48.705	-
2014	157.579	69.773	106.944
Summe	208.749	118.478	106.944
Nachrichtlich: im Mittelfristigen Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen	60.000	55.000	42.000

Neue Verpflichtungsermächtigungen laut Haushaltssatzung:

157.579.000 €
69.773.000 €
106.944.000 €
334.296.000 €

¹⁾ Durch einen Beschluss des Stadtrats zum Haushaltsvollzug 2014 wird sichergestellt, dass die hier ausgewiesenen und im Vollzug bewilligten Verpflichtungsermächtigungen, mit Ausnahme der U-Bahnansätze, der Ansätze für Schulen, Kindertagesstätten, die Kapitalerhöhung NürnbergMesse und den Ausbau des Frankenschnellwegs nur bis zur Hälfte freigegeben werden können.

Die Verpflichtungsermächtigungen aus Vorjahren, die nicht in Anspruch genommen wurden („freigegeben wurden“), werden erneut veranschlagt und bedürfen der Beschlussfassung durch den Stadtrat.

F.4.2 Verbindlichkeiten und Schulden

Die Schulden der Stadt Nürnberg im Kernhaushalt haben zum Jahresende 2012 den Stand von 1.216,0 Mio. € für Verbindlichkeiten aus Krediten erreicht. Bezieht man hierbei die Verbindlichkeiten aus PPP-Verträgen mit ein, sind es 1.269,5 Mio. €.

Hinweis:

Der Einbezug der Verbindlichkeiten, die aus PPP-Verträgen resultieren und damit wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleichkommen, werden zukünftig im städtischen Schuldenstand mit ausgewiesen. Damit wird der wachsenden Bedeutung der PPP-Verträge Rechnung getragen. Die Darstellung der Verbindlichkeiten und Schulden wurde deshalb zur besseren Vergleichbarkeit ab 2009 der neuen Vorgabe angepasst. Sie bezieht sich nun auf alle Verbindlichkeiten aus Krediten und PPP-Verträgen. Die Zahlen können aus diesem Grund von den bislang bekannten Werten abweichen.

Zum Jahresende 2013 werden die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten entsprechend der aktuellen Planung konstant bleiben. Unter Einbezug der Tilgung aus den PPP-Verträgen sinkt die Verschuldung der Kernstadt dann auf 1.264,4 Mio. €. Entsprechend der Haushaltsplanung wird sich die Verschuldung im Jahr 2014 um weitere 6,7 Mio. € verringern, so dass der leichte Knick nach unten in der unteren der drei Verschuldungskurven fortgesetzt werden könnte. 2014 würde dann im Kernhaushalt ein Wert von 1.257,7 Mio. € erreicht werden.

Diese Entwicklung setzt sich auch bei den städtischen Eigenbetrieben so fort. Diese Schulden sind in zwei grundlegende Kategorien zu unterteilen:

Bei den Eigenbetrieben Service Öffentlicher Raum (SÖR), NürnbergBad (NüBad) und Frankenstadion (FSN) müssen die Verlustausgleiche und somit auch Teile des Schuldendienstes aus dem Kernhaushalt bedient werden. NürnbergStift (NüSt) wird aufgrund möglicher Kreditaufnahmen für Investitionen in den nächsten Jahren jetzt ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet. Aus diesen Gründen sind diese Schulden in der

Bewertung gedanklich dem Kernhaushalt zuzuordnen. Sie betragen in der Planung zum Jahresende 2014 zusammen 74,2 Mio. €. Anders gestaltet es sich bei der Stadtentwässerung und Umweltanalytik und bei der Abfallwirtschaft: Diese Eigenbetriebe sind externe Kostendecker, die ihre Aufwendungen und ihren Kapitaldienst aus ihren Einnahmen und Gebühren komplett selbst refinanzieren müssen. Der Umfang in dieser Kategorie beträgt 462,6 Mio. € oder 86,2 % der Schulden aller Eigenbetriebe.

Betrachtet man den Verlauf, stellt man fest, dass die mittlere Kurve, d.h. Kernhaushalt und überwiegend steuerfinanzierte Eigenbetriebe, ebenfalls eine leichte Schuldentilgung von 1,9 Mio. € aufzeigt. Zwar werden dort aufgrund der kommenden Investitionen bei NüBad 6,2 Mio. € neue Verbindlichkeiten aufgenommen. Auch bei SÖR erhöht sich die Verschuldung leicht um 0,6 Mio. €. Die Tilgung im Kernhaushalt von 6,7 Mio. €, sowie von FSN (1,6 Mio. €) und NüSt (0,4 Mio. €) übersteigen diese Kreditaufnahme jedoch.

In der oberen Kurve unter Einbezug von ASN und SUN zeigt sich ebenfalls eine Verringerung der Gesamtverschuldung aller Eigenbetriebe einschließlich Kernhaushalt um 8,9 Mio. €.

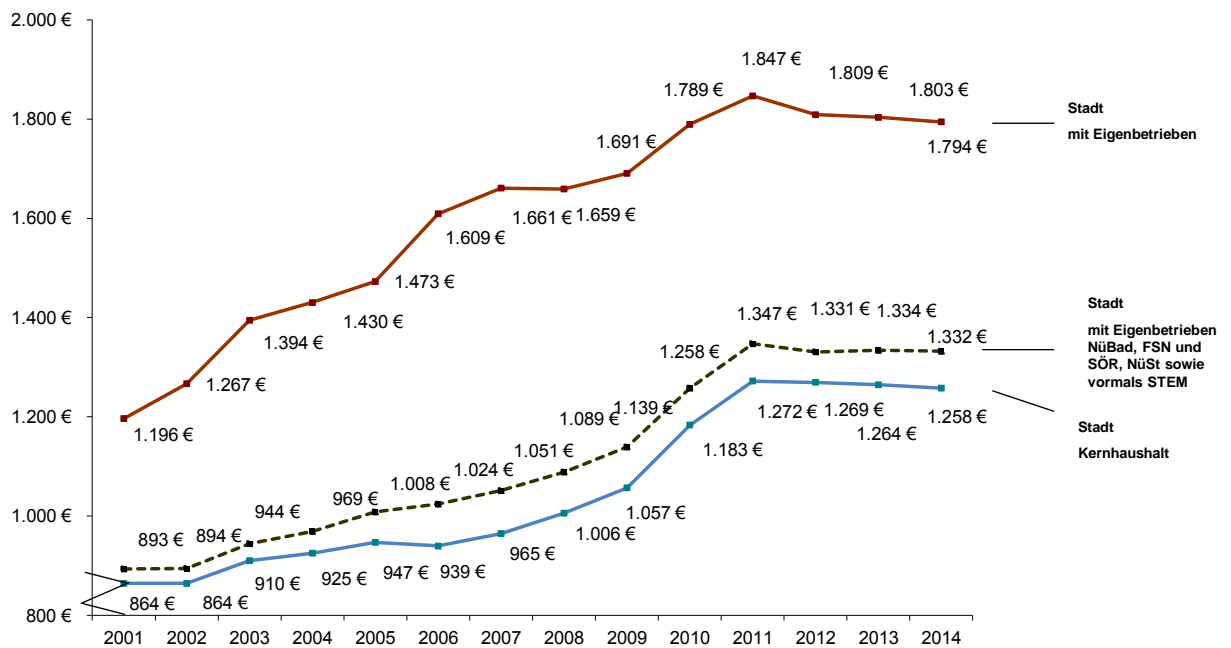
Als erfreuliches Fazit für den Haushalt 2014 lässt sich entsprechend der Planung somit ein leichter Rückgang der städtischen Verschuldung feststellen. Damit bestehen gute Chancen, dass der Stadthaushalt nach 2012 auch 2013 und 2014 bei diesem wichtigen Ziel im Rahmen der Stadtratsvorgaben bleibt!

Schuldenstand der Stadt Nürnberg

Angaben zum Schuldenstand 2014 der Eigenbetriebe nach deren Angabe (Ansätze in Mio. Euro) incl. Anleihe und PPP



> Planwerte



Finanzreferat

**Übersicht über den
voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen
Rechtsgeschäften¹⁾ sowie Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO**

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2013	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2014
	EUR	EUR	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7
1. Anleihen²⁾	-	77.500	-	-	77.500	0	77.500
2. Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten³⁾							
2.1 vom Bund	-	-	-	-	-	-	-
2.2 vom Land	5	4	-	-	4	-0,5	4
2.3 von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-	-	-	-	-
2.4 von Zweckverbänden u. dgl.	-	-	-	-	-	-	-
2.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	16	-	-	-	-	-	-
2.6 von Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-
2.7 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-
2.8 von Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
2.9 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	-	-	-	-	-	-	-
2.10 vom Kreditmarkt ⁴⁾	1.215.982	1.137.977	-	-	1.137.977	-2.151	1.135.826
3.1 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte aus PPP-Projekten	53.446	48.926				- 4.566	44.360
Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten sowie PPP-Projekten	1.269.449	1.264.407	-	-	-	-6.717	1.257.690

Arten der Verbindlichkeiten aus Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften	Stand zu Beginn des Vorjahres 2013	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014	mit einer Restlaufzeit der Verbindlichkeiten von			Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2014
	EUR	EUR	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7
3.2 Weitere kreditähnliche Rechtsgeschäfte ^{5), 6)}							
3.21 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	5.519	4.498				-780	3.718
3.22 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften	-	-				-	-
3.23 Leasinggeschäfte	-	-				-	-
3.24 Leibrentenverträge	1.014	929				-85	844
3.25 Schuldübernahmen	-	-				-	-
3.26 Verträge über die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen	-	-				-	-
3.27 Verpflichtung zur Gewährung von Schuldendiensthilfen an Dritte	-	-				-	-
3.28 Sonstige einer Kreditaufnahme gleichkommende Vorgänge	101	85				-20	65
4. Summe Verbindlichkeiten aus Anleihen und Investitionskrediten, PPP-Projekten und weiterer kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	1.276.083	1.269.919	-	-	-	-7.603	1.262.317
Nachrichtlich:							
1. Innere Darlehen von rechtlich unselbstständigen Einrichtungen							
2. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung ⁷⁾							
2.1 aus Krediten ¹⁴⁾	566.353	565.055			565.055	-3.047	562.008
2.2 aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	-	-				-	-

**Übersicht über Verpflichtungen nach Art. 72 Abs. 2 GO,
Art. 66 Abs. 2 LKrO, Art. 64 Abs. 2 BezO –
voraussichtlicher Stand der eventuellen Zahlungsverpflichtungen und Vorbelastungen ohne Bilanzierung
(Eventualverbindlichkeiten)**

Arten der Eventual- verbindlichkeiten ⁸⁾	Stand zu Beginn des Vorjahres 2013	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014	Veränderung im Haushaltsjahr +/-	Stand am Ende des Haushaltsjahres 2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4
1. Bürgschaften^{9), 10)}	137.253	124.342	-12.000	112.342
1.1 an Sondervermögen	-	-	-	-
1.2 an verbundenen Unternehmen	39.576	38.334	- 1.000	37.334
1.3 an Beteiligungen	79.546	68.650	- 10.000	58.650
1.4 an sonstigen öffentlichen Bereich	1.629	1.466	- 200	1.266
1.5 an sonstigen privaten Bereich	16.502	15.892	- 800	15.092
2. Sonstige kreditähnliche Rechts- geschäfte ohne Bilanzierung¹¹⁾				
2.1 – 2.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-
3. Weitere Haftungsverhältnisse nach § 75 KommHV-Doppik^{12), 13)}				
3.1 – 3.5 ... wie 1.1 – 1.5	-	-	-	-

¹⁾ In der **Verbindlichkeitenübersicht der Haushaltplanung** nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 KommHV-Doppik sind auszuweisen:

- in Spalte 1 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres (= laufendes Haushaltsjahr);
- in Spalte 2 – nach dem zeitlichem Fortschritt der Haushaltplanung - der voraussichtliche oder tatsächliche Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres; dieser sollte mit dem Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des dem Haushaltsjahr vorhergehenden Jahres grundsätzlich übereinstimmen;
- in den Spalten 3 bis 5 der Stand der Verbindlichkeiten zum 1. Januar des Haushaltsjahres, gegliedert nach Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr, von einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren;
- in Spalte 6 der Saldo aus den voraussichtlichen Zu- und Abgängen an Verbindlichkeiten während des Haushaltsjahres (z. B. durch Kreditaufnahme und Kredittilgung);
- in Spalte 7 der voraussichtliche Stand der Verbindlichkeiten zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Stand zum 1. Januar zuzüglich der Zugänge und abzüglich der Abgänge während des Haushaltsjahres).

²⁾ Soweit sonstige Verbindlichkeiten aus Wertpapierverschuldung bestehen (z. B. durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere), sind diese bei Nr. 1 auszuweisen.

³⁾ Endfällige Darlehen sind gesondert zu vermerken.

⁴⁾ KfW-Kredite sowie Kredite von Landesbanken und Sparkassen sind unter Nr. 2.10 auszuweisen diese Einrichtungen als Kreditinstitute und nicht als sonstige öffentliche Sonderrechnungen.

⁵⁾ Unter Nr. 3 sind alle gewissen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften auszuweisen (vgl. Art 72 Abs. 1 GO); hierzu zählen z.B. Leasing- und Leihrentenverträge, Verlustübernahmen sowie Bürgschaftsverpflichtungen, soweit die Kommune tatsächlich in Anspruch genommen wird. Davon unbeschadet bleibt deren Ausweis als ungewisse Verbindlichkeiten unter den Rückstellungen bzw. – als nur mögliche Zahlungsverpflichtung ohne Bi-

lanzansatz – unter den Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften sind in Anlehnung an den Kontenrahmen nach Arten zu untergliedern. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllIMBI S. 408).

- ⁶⁾ Unter Nr. 3 sind jeweils die sich aus dem Wirtschaftlichkeitsvergleich (§ 12 KommHV-Doppik) ergebenden Projektkosten anzugeben (vgl. dazu auch IMBek vom 6. Februar 2007 Nr. 6 (AllIMBI S. 187); dabei sind der Gesamtbetrag und der investive Anteil gesondert darzustellen. Dies gilt auch, wenn im Vorjahr bzw. im Haushaltsjahr keine Zahlungen angefallen sind bzw. anfallen. Soweit die Kommune voraussichtlich nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen wird (z. B. aus Geschäftsbesorgungsverträgen), gelten die Grundsätze zur Darstellung von Haftungsverhältnissen (vgl. § 75 KommHV-Doppik). Ergänzend wird auf die im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs erforderliche Risikoabschätzung verwiesen. Zur Risikoabschätzung vgl. Nr. 6 der IMBek vom 6. Februar 2007 (AllIMBI S. 187); bei ÖPP-Modellen vgl. PPP-Leitfaden Teil 2 S. 9 im Internet unter: http://www.innenministerium.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/themen/ppp/leitfaden_teil2.pdf
- ⁷⁾ Schulden der Eigenbetriebe, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.
- ⁸⁾ Haftungsverhältnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass sie eine Eventualverbindlichkeit begründen. Eventualverbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten, aus der die Kommune nur unter bestimmten Umständen, mit deren Eintritt sie nicht ernsthaft rechnet, in Anspruch genommen werden kann. Die Vermerkspflicht setzt voraus, dass die Eventualverbindlichkeiten betragsmäßig angegeben werden können. Sind diese quantifizierbar, so sind sie in Höhe der maximalen Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen zu vermerken. Die Risikoeinschätzung einer Zahlungsverpflichtung ist gesondert zu erläutern. Die Haftungsverhältnisse sind grundsätzlich nach Empfängerbereichen und Arten zu untergliedern. Weitergehende Erläuterungen können nach den örtlichen Verhältnissen geboten sein. Insbesondere empfiehlt es sich, bestellte Sicherheiten zugunsten der Kommune darzustellen. Im Übrigen gelten die Grundsätze der IMBek vom 5. Mai 1983 (AllIMBI S. 408).
- ⁹⁾ Bürgschaften für Förderungen können zusammengefasst dargestellt werden, die Risikoeinschätzung ist zu erläutern.
- ¹⁰⁾ Haftungsverhältnisse gegenüber Sondervermögen und verbundenen Unternehmen gesondert auszuweisen. Haftungsverhältnisse gegenüber Kommunalunternehmen sind gesondert anzugeben („Davon-Vermerk“ bei verbundenen Unternehmen). Bürgschaften für den sonstigen privaten Bereich werden insbesondere für Vereine, aber auch für Privatpersonen vergeben (z.B. Alternative zu Mietkautionen).
- ¹¹⁾ Unter Nr. 2 sind insbesondere Gewährverträge und Sicherheiten zugunsten Dritter darzustellen.
- ¹²⁾ Unter Nr. 3 sind insbesondere mögliche Verpflichtungen aus der Verlustabdeckung von Sondervermögen, verbundenen Unternehmen (hier Spezialfall Kommunalunternehmen als „Davon-Vermerk“) und Beteiligungen zu dokumentieren, soweit diese nicht in der Bilanz bereits als Rückstellung bzw. Verbindlichkeit auszuweisen sind.
- ¹³⁾ Verpflichtungsermächtigungen sind gesondert im Muster zu § 1 Abs. 3 Nr. 3 KommHV-Doppik (Anlage 8) darzustellen.
- ¹⁴⁾ Anmerkung Stadt Nürnberg: Inklusive eines Trägerdarlehens von SÖR ab der Spalte für 2013.

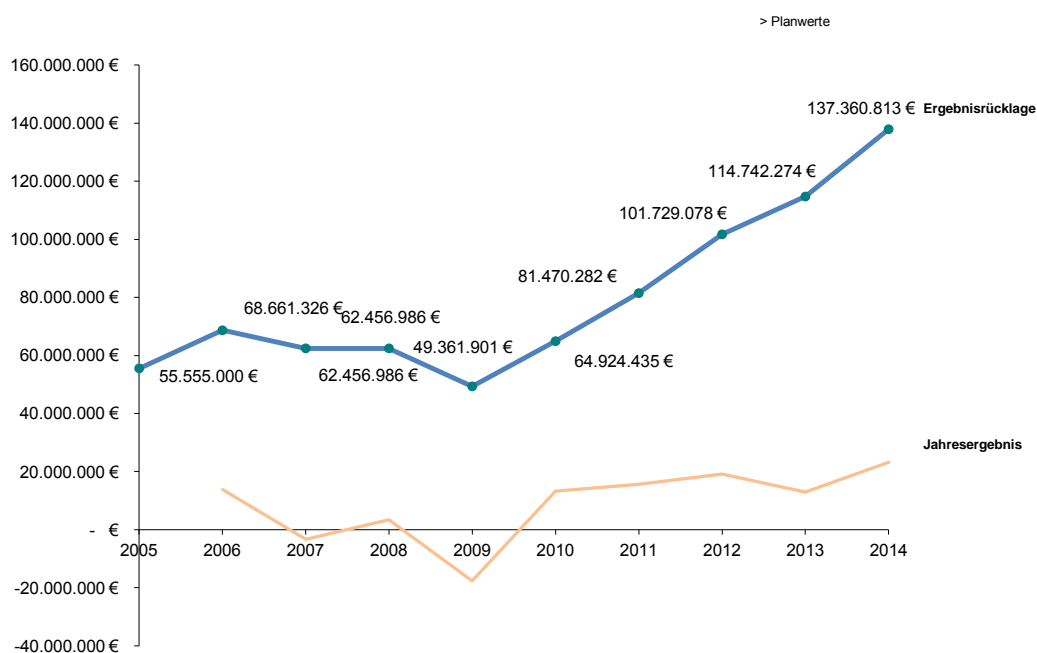
F.4.3 Entwicklung der Rücklagen

Gemäß § 24 der Kommunalen Haushaltsverordnung Doppik in Bayern (KommHV Doppik) soll der Ergebnishaushalt ausgeglichen sein. Ein etwaiger Jahresfehlbetrag soll durch die Verrechnung mit der Ergebnismrücklage unverzüglich ausgeglichen werden.

Der Ergebnismrücklage kommt daher eine besondere Bedeutung zu, da der Haushalt weiterhin als ausgeglichen gilt, wenn Rücklagen aus den Vorjahren zur Deckung des Defizits herangezogen werden können.

Die Ergebnismrücklage stieg zum 01.01.2013 aufgrund des positiven Jahresergebnisses 2012 auf 101,7 Mio. €. Eine Erreichung des Planergebnisses 2013 vorausgesetzt, würde sie zum 01.01.2014 voraussichtlich auf 114,7 Mio. € weiter ansteigen. Im Jahr 2014 wird sie sich laut Plan weiter um 22,6 Mio. € auf 137,4 Mio. € erhöhen. Damit wird sich die Krisenresistenz des Nürnberger Haushalts noch weiter deutlich verbessern. Der Tiefpunkt im Jahr 2009 hatte bei 49,4 Mio. € gelegen.

Entwicklung der Ergebnismrücklagen seit 2005 (Jahresendstände - absolute Werte in €)



Finanzreferat

Rücklagen- und Rückstellungsübersicht der Haushaltsplanung - voraussichtlicher Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Rücklagen	Stand zum 31.12.2012	Stand zum 31.12.2013	Veränderungen im Haushaltsjahr +/-	Stand zum 31.12.2014
	€	€	€	€
1. Basiskapital (Allgemeine Rücklage)	103.929.324	103.929.324	0	103.929.324
2. Ergebnismrücklage	101.729.078	114.742.274	22.618.539	137.360.813
3. Verlustvortrag (bilanzierende Einheiten)	-11.855.744	-9.557.219	570.010	-8.987.209
4. Verlustvortrag	0	0	0	0
Summe aller Rücklagen	193.802.658	209.114.379	23.188.549	232.302.928

Rückstellungen	Stand zum 31.12.2012	Stand zum 31.12.2013 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2014
	€	€	€	€
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.307.533.194	1.314.959.303	2.205.941	1.317.165.244
1.1. für Pensionsverpflichtungen	1.105.658.038	1.113.651.397	8.331.249	1.121.982.646
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte	163.326.031	164.691.531	17.576.154	182.267.685
Pensionsrückstellung Anwartschaften aktive Beamte Lehrkräfte	179.205.325	179.205.325	21.121.992	200.327.317
Rückstellung Anwartschaften städt. Versorgung Arbeitnehmer	2.614.247	2.755.547	89.003	2.844.550
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte	356.741.928	356.661.716	-14.247.500	342.414.216
Rückstellung Erstattungen Beamte BayBeamtVG	49.863.328	50.863.328	-960.000	49.903.328
Rückstellung Versorgungsempfänger Beamte Lehrkräfte	271.624.104	278.155.932	-13.022.400	265.133.532
Rückstellung Versorgungsempfänger ehem. Arbeitnehmer	82.283.075	81.318.018	-2.226.000	79.092.018
1.2. für Verpflichtungen aus Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen, Beihilfen	201.875.156	201.307.906	-6.125.308	195.182.598
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte	6.696.317	5.611.317	-847.483	4.763.834
Rückstellung für Altersteilzeit Beamte Lehrkräfte	3.540.432	3.020.432	-1.003.484	2.016.948
Rückstellung für Altersteilzeit Arbeitnehmer	32.053.598	31.253.598	-5.156.332	26.097.266
Rückstellung für Beihilfen Beamte	33.280.945	33.350.545	3.225.164	36.575.709
Rückstellung für Beihilfen Beamte Lehrkräfte	20.253.392	20.253.392	2.140.191	22.393.583
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Beamte	72.473.906	72.127.956	-2.869.725	69.258.231
Rückstellungen Beihilfen Versorgungsempfänger Lehrer	30.605.708	32.581.208	-1.456.160	31.125.048
Rückstellungen für Beihilfen Arbeitnehmer	90.949	106.049	2.646	108.695
Rückstellungen für Beihilfen Versorgungsempfänger Arbeitnehmer	2.879.908	3.003.408	-160.125	2.843.283

Rückstellungen (Fortsetzung)	Stand zum 31.12.2012	Stand zum 31.12.2013 ¹⁾	Veränderungen im Haushaltsjahr +/- ²⁾	Stand zum 31.12.2014
	€	€	€	€
2. Rückstellungen für Altlasten	5.457.000	5.457.000	0	5.457.000
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	8.242.183	8.218.690	0	8.218.690
4. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	6.761.363	6.761.363	-6.507.000 ³⁾	254.363
5. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährverträgen und anhängigen Verfahren	745.145	745.145	0	745.145
6. Sonstige Rückstellungen	35.614.153	35.668.467	8.100	35.676.567
Urlaubsrückstellungen	6.912.616	6.912.616	0	6.912.616
Rückstellungen für Verlustausgleiche von verbundenen Unternehmen	22.383.939	22.383.939	0	22.383.939
Rückstellungen für Zweckausrichtungsverpflichtungen	247.402	247.402	0	247.402
Rückstellungen für nicht ausgereichte Leistungsentgelte/-bezüge	14.286	0 ⁴⁾	0	0
Sonstige Rückstellungen nach § 74 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Doppik	6.055.910 ⁵⁾	6.124.510	8.100 ⁶⁾	6.132.610
Summe aller Rückstellungen	1.364.353.038	1.371.809.968	-4.292.959	1.367.517.009

¹⁾ Die Bestände ergeben sich aus der Fortschreibung des Endstands 31.12.2012 mit den Planzahlen des Haushaltsjahres 2013. Sofern der Endbestand 2013 nicht vom Endbestand 2012 abweicht, ist keine ergebniswirksame Veränderung in 2013 eingeplant worden.

²⁾ Es handelt sich um die im Haushalt 2014 geplanten, ergebniswirksamen Veränderungen.

³⁾ Auflösung der Bezirksumlagerückstellung aus 2012.

⁴⁾ Die in 2012 nicht ausgereichten Leistungsentgelte/-bezüge sind im Folgejahr (2013) an die Beschäftigten auszuschütten.

⁵⁾ 5,84 Mio. € wurden für mögliche Ausgleichsansprüche von Feuerwehrbeamten für geleistete Mehrarbeit in Vorjahren zurückgestellt.

⁶⁾ Ein Teil der Wertpapiere bei nichtrechtsfähigen Stiftungen wurde über dem Nennwert (über pari) gekauft. Die Kapitalrückzahlung erfolgt zum Nennwert. Dem Unterschiedsbetrag bei Endfälligkeit des Wertpapiers wird durch eine jährliche Rückstellungsbildung auf die Laufzeitdauer Rechnung getragen.

F.4.4 Liquidität und Kassenkredite

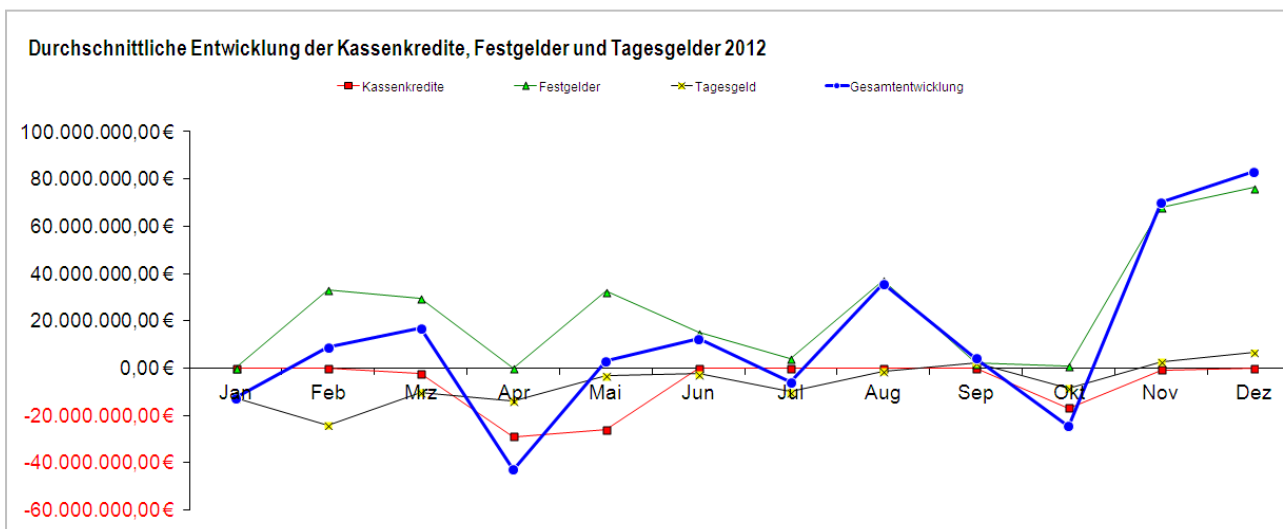
Die Bewirtschaftung der Kassenmittel sowie die Sicherstellung der Liquidität sind Bestandteil der Kassenaufgaben. Im Rahmen der Liquiditätsplanung und Berücksichtigung der aktuellen Finanzsituation kommt hierbei auch die Aufnahme von Kassenkrediten in Betracht. Dabei handelt es sich um kurzfristige Finanzmittel zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite liegt seit 2009 unverändert bei 280 Mio. Euro.

Guthaben werden von der Kasse mit unterschiedlichen Laufzeiten entweder als Tagesgelder oder Festgelder zur Erzielung eines rentablen Zinsertrages bei Kreditinstituten angelegt und verwaltet.

Die Zahlungsfähigkeit der Stadt Nürnberg war im Jahr 2012 zu jeder Zeit gewährleistet. Kassenkreditverträge mit Kreditinstituten waren vom 29.03.12 – 18.05.12 mit 25 Mio. Euro, vom 25.04.12 – 18.05.12 mit 20 Mio. Euro und vom 10.10.12 – 02.11.12 mit 25 Mio. Euro zur Liquiditätssicherung erforderlich. Die Aufnahme der Kassenkredite sowie die Anlage der Festgelder und Tagesgelder richten sich nach den aktuellen Marktzinsen. Ausgehend von der besonderen Marktsituation waren die Tagesgelder planmäßig auch im Soll. Zur Liquiditätsüberbrückung ist dies möglich und auf Basis der günstigen EONIA-Tagesgeldverzinsung im Vergleich zu den Zinsen für die Festgelder insgesamt auch wirtschaftlich.

Die unten stehende Grafik zeigt den Verlauf der Kassenkredite, Festgeldanlagen und Tagesgelder bei Kreditinstituten.

Für das Jahr 2013 wird nach der Liquiditätssteuerung und dem bisherigen Verlauf der Ein- und Auszahlungen im Vergleich zum Jahr 2012 mit stabilen Bedingungen und einer positiven Liquiditätseinschätzung gerechnet. Die Aufnahme von Kassenkrediten wird den Umfang und die Zeitdauer des Vorjahres voraussichtlich nicht erreichen. Insgesamt ist hier derart Vorsorge getroffen, dass die Stadt Nürnberg im Rahmen des geplanten Kassenkreditrahmens ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen kann.



F.5 Ertragslage

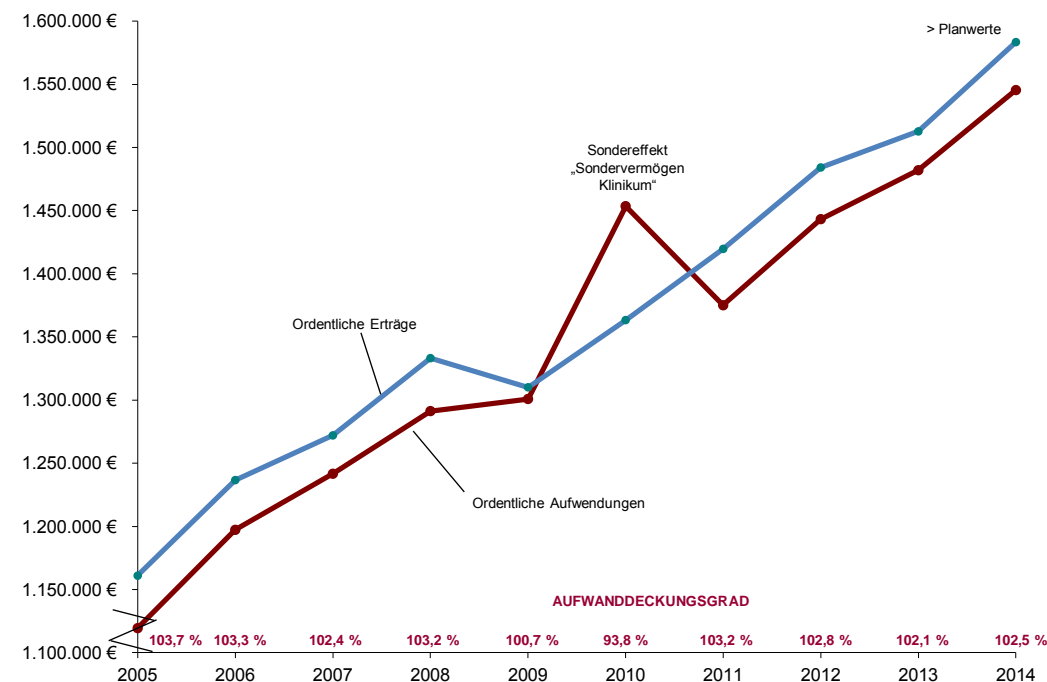
Einer Analyse der ordentlichen Erträge und Aufwendungen kommt besondere Bedeutung zu, da bei einer Gegenüberstellung beider Zahlen die Leistungsfähigkeit einer Kommune in Bezug auf die Deckungsfähigkeit ihrer Aufwendungen aus den Erträgen beurteilt werden kann. Die Aufwendungen und Erträge sind dabei um die Finanzerträge und -aufwendungen und außerordentlichen Positionen bereinigt.

2014 werden die ordentlichen Erträge um 4,7 % oder 70,7 Mio. € ansteigen. Die ordentlichen Aufwendungen sind mit einer Steigerung von 4,3 % oder 63,4 Mio. € angesetzt.

Die Grafik zeigt im Jahr 2010 den Sondereffekt Klinikum. Das Verhältnis zwischen ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt dadurch einen rechnerischen Aufwanddeckungsgrad (ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) von 93,8 %. Da in dieser Betrachtung jedoch nur die ordentlichen Erträge und Aufwendungen betrachtet werden, bei der Auflösung des Sondervermögens jedoch ordentliche und außerordentliche Positionen betroffen waren, ist ein direkter Vergleich mit den Werten der anderen Jahre nicht möglich.

Erfreulich ist, dass sich der Trend mit ordentlichen Erträgen über den ordentlichen Aufwendungen und einem Aufwanddeckungsgrad jenseits der 100%-Marke auch im Jahr 2014 fortsetzt. Ein dauerhafter Wert über 100 % setzt voraus, dass Stadtrat und Verwaltung auch weiterhin Disziplin bei den konsumtiven Ausgaben üben, weil die Differenz insgesamt noch niedrig ist.

Ordentliche Erträge und Aufwendungen



Finanzreferat

Anmerkung zur Darstellung: In den Rechnungsergebnissen sind realisierte Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (wie z.B. Budgetkürzungen) in den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen enthalten. Der Planwert 2013 beinhaltet diese Globalkonsolidierung hingegen nicht im Rahmen der ordentlichen Aufwendungen und Erträge. Ab 2014 wird auf die Globalkonsolidierung verzichtet.

Steuererträge

Die Ansätze der Steuererträge basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Steuerschätzungen vom November 2013. Risiko in Bezug auf die Steuererträge ist und bleibt die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone und Deutschland.

Die Gesamterträge der Steuern steigen damit gegenüber dem Planansatz 2013 um 5,0 % oder 39,8 Mio. €.

dem Basisjahr 1999 zeigen sich deutliche Unterschiede. Danach sind die Steuern insgesamt um 47 % gestiegen, etwas überdurchschnittlich dabei die Gewerbesteuer als wichtigster Steuerart, die damit das eher zurückhaltende Wachstum der Einkommenssteuer kompensiert hat. Obgleich sie von der absoluten Höhe für Nürnberg eher nachgeordnete Bedeutung hat, ist die Umsatzsteuer, gemessen am Index, am meisten gestiegen, gefolgt von der Grundsteuer.

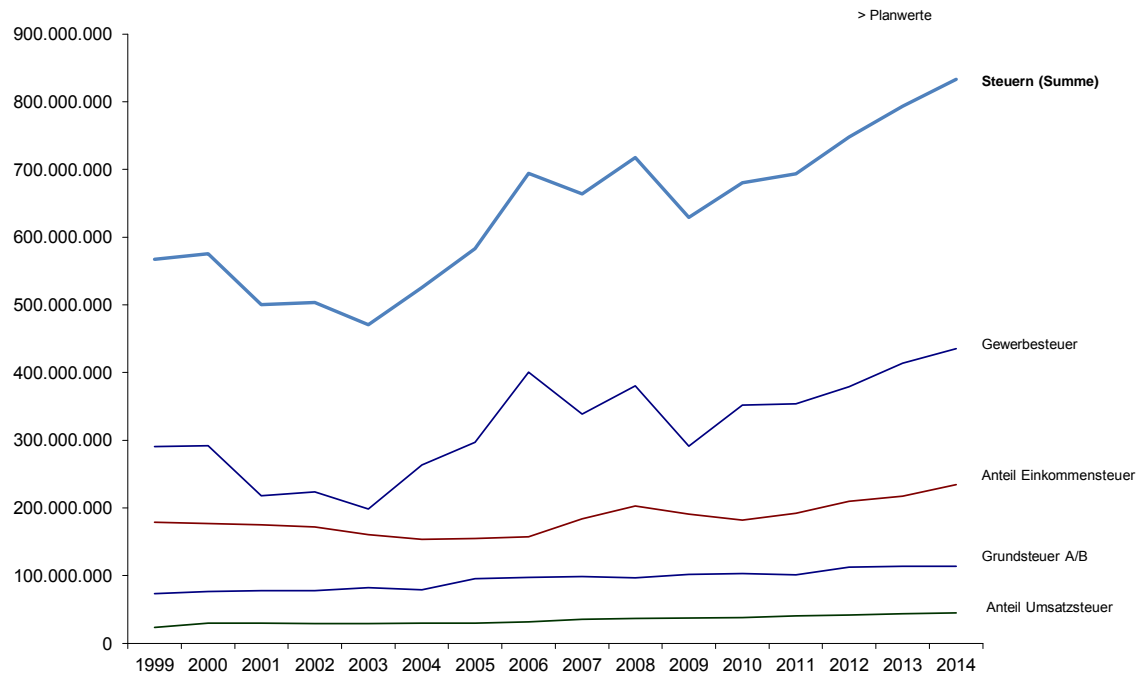
	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Steuererträge	-833.001.500,00	-793.223.000,00	-747.908.699,91
Grundsteuer A	-240.000,00	-240.000,00	-419.717,31
Grundsteuer B	-113.500.000,00	-113.500.000,00	-112.016.863,68
Gewerbesteuer	-435.380.000,00	-414.000.000,00	-379.061.094,78
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-234.373.000,00	-217.541.000,00	-210.022.456,00
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-45.088.000,00	-43.521.000,00	-41.860.508,00
Härtefallausgleich Gewerbesteuer	-2.360.500,00	-2.361.000,00	-2.360.720,00
Hundesteuer	-1.400.000,00	-1.400.000,00	-1.475.720,96
Zweitwohnungssteuer	-660.000,00	-660.000,00	-691.619,18

Wie seit langem hat die Gewerbesteuer mit geplanten 435,4 Mio. € oder einem Anteil von 52,3 % die weitaus wichtigste Bedeutung unter den Steuererträgen für den Stadthaushalt. Der Ansatz für 2014 geht von einem prognostizierten Ergebnis von 2013 aus, der entsprechend der Steuerschätzung fortgeschrieben wird. Er ist aufgrund seiner Höhe mit Risiken im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung verbunden. Dies gilt auch für den Anteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 234,4 Mio. €. Auch die Umsatzsteuer wurde entsprechend der Steuerschätzung fortgeschrieben. Grund-, Hunde- und Zweitwohnungssteuer bewegen sich weitgehend auf der Höhe der Vorjahresplanwerte.

Auf der folgenden Seite finden Sie eine grafische Darstellung der Entwicklung der Steuererträge seit 1999. Die erste Tabelle zeigt die absoluten Werte der einzelnen Steuerarten. Bei einer Indexierung der Werte mit

Entwicklung der Steuererträge

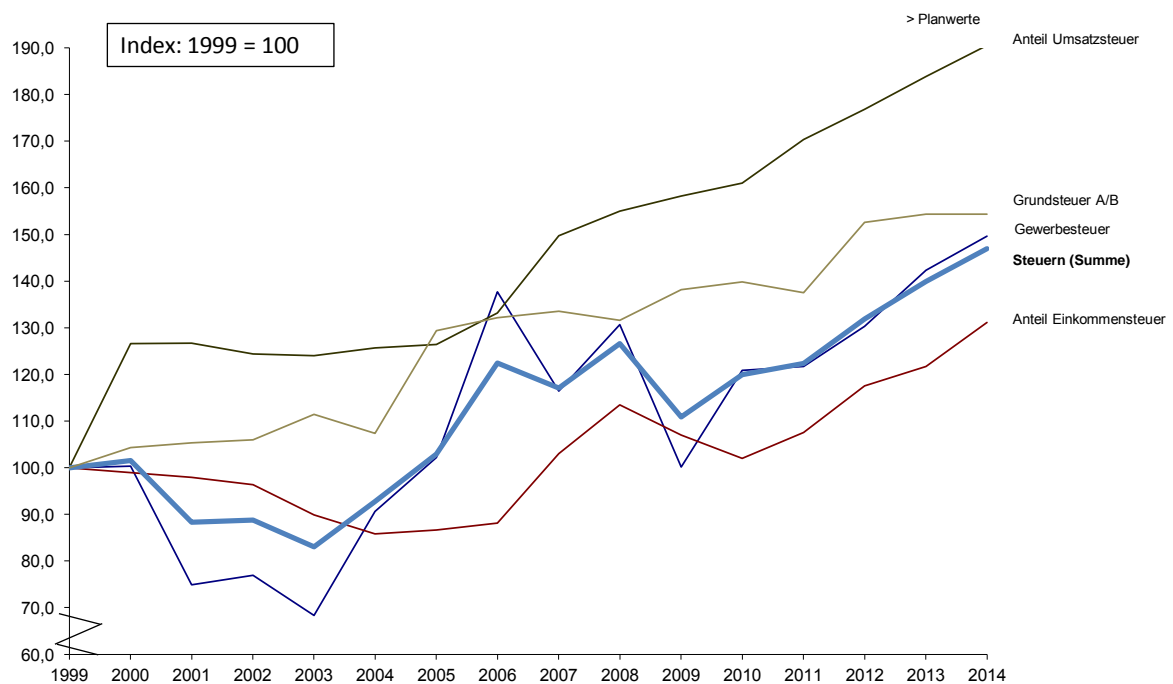
Absolute Werte in Euro seit 1999



Finanzreferat

Entwicklung der Steuererträge

Indexierte Werte seit 1999



Finanzreferat

Zuweisungen, Zuschüsse und sonstige Transfererträge

Zeilen sind grau hinterlegt.

Die übrigen Ansätze bewegen sich im Rahmen der plangemäßen Fortschreibung.

Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen liegen um 4,4 % über den Vorjahreswerten.

Die Schlüsselzuweisungen wurden gegenüber dem Vorjahr leicht reduziert mit 160 Mio. € angesetzt. Wie auch in den Vorjahren ist hier eine verlässliche Prognose schwierig, die im vorliegenden Plan noch durch den Faktor „Ergebnisse des Zensus 2011“ verstärkt werden.

Die „Zuweisungen vom Land“, die in 2014 insbesondere Zuweisung für den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern und den auf die Stadt entfallender Anteil am Kraftfahrzeugsteueraufkommen enthalten, sind durch eine Umgruppierung der Erstattungen für Personal- und Sozialtransferaufwendungen (Plan 2014: 44,8 Mio. €) zu den „sonstigen Zuweisungen, Zuschüssen, Spenden“ um 38,0 Mio. € gesunken. Die entsprechenden

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	-379.965.248,95	-363.977.199,00	-362.435.744,67
Schlüsselzuweisungen vom Land	-160.000.000,00	-163.000.000,00	-148.395.120,00
Zuweisung zum Verwaltungsaufwand	-16.537.000,00	-17.054.100,00	-16.890.613,80
Zuweisungen Land Grunderwerbsteuer	-21.000.000,00	-18.500.000,00	-21.271.903,12
EST-Ersatz (Familienleistungsausgleich)	-19.832.600,00	-18.341.000,00	-18.848.431,00
Zuweisungen vom Land	-19.512.670,02	-57.506.599,00	-62.891.356,81
Zuw. v. Land (Belastungsausgl. Hartz IV)	-15.000.000,00	-15.000.000,00	-16.749.482,00
Zuweisungen für Schulbetrieb/ Beförderung	-71.799.187,15	-68.332.600,00	-61.837.746,83
Sonstige Zuweisungen, Zuschüsse, Spenden	-56.283.791,78	-6.242.900,00	-15.551.091,11
Sonstige Transfererträge	-5.473.479,84	-5.072.700,00	-5.597.069,36
Leistungen v. Sozialleistungsträgern avE	-946.720,00	-886.100,00	-1.159.330,67
Sonstige Ersatzleistungen avE	-385.500,00	-352.400,00	-344.195,26
Kostenbeitr./Aufw.en.ersatz/ Kosteners. iE	-1.891.500,00	-1.791.300,00	-1.889.229,73
Leistungen von Sozialleistungsträgern iE	-787.800,00	-667.200,00	-784.632,26
Sonstiges	-1.461.959,84	-1.375.700,00	-1.419.681,44

Erklärung: avE = außerhalb von Einrichtungen, iE = in Einrichtungen

Leistungsentgelte

Die Leistungsentgelte unterscheidet man in öffentlich-rechtlich und privatrechtlich erhobene Entgelte.

Insgesamt steigen die Leistungsentgelte der Stadt Nürnberg um insgesamt 1,9 % und bewegen sich damit etwas unterhalb der für 2014 prognostizierten Inflationsrate, in jedem Fall aber unterhalb der durch die EZB für die Eurozone insgesamt angestrebten Preissteigerungsrate. Damit bestätigt die Stadt auch für das nächste Jahr ihre moderate Gebührenpolitik, die seit Jahren versucht, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen zu halten.

Dabei gehen die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte sogar etwas nach unten, während die privatrechtlichen Gebühren und Entgelte um insgesamt 5,9 v.H. ansteigen. Hauptgrund für den Rückgang der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte ist die Kürzung des Ansatzes für Bestattungsgebühren. In den Vorjahresplanungen bis zum Jahr 2013 wurde die Friedhofsverwaltung als Kostendecker unter der Berücksichtigung von Verlusten im Plan auf null gesetzt. Dabei wurden die Bestattungsgebühren zumeist als Ausgleichsposition verwendet. Ab dem Jahr 2014 wird auf diese Vorgehensweise verzichtet und den Bestattungsgebühren realistische Ansätze zugrunde gelegt. Diese orientieren sich an den Rechnungsergebnissen.

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Leistungsentgelte	-97.548.737,52	-95.701.450,28	-97.764.632,25
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-58.607.913,75	-58.931.161,63	-58.390.103,69
Verwaltungsgebühren	-17.234.542,06	-17.312.408,73	-19.452.926,46
Gebühren für öffentlich-rechtl. Nutzungen	-19.343.686,53	-17.904.931,35	-16.367.170,36
Bestattungsgebühren öffentlich-rechtlich	-2.748.344,16	-4.449.169,10	-2.810.329,53
Wohn-/Verpflegungsgebühren öff.-rechtl.	-3.878.860,15	-4.008.000,00	-3.896.828,50
Eintrittsgelder (öffentlich-rechtlich)	-9.713.369,74	-10.109.852,00	-9.727.701,73
Elternentgelte Ganztagesbetreuung	0,00	-40.000,00	-48.590,00
Sonstige öffentlich-rechtliche Entgelte	-5.689.111,11	-5.106.800,45	-6.086.557,11
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-38.940.823,77	-36.770.288,65	-39.374.528,56
Erträge aus Verkauf privatrechtlich	-4.801.541,94	-3.817.900,00	-4.148.592,84
Miet- und Pachterträge	-16.007.249,76	-15.800.464,00	-16.202.411,73
Erbbauszinsen	-2.704.600,00	-2.363.800,00	-2.608.065,86
Ersatzleistungen	-1.637.099,92	-1.295.600,00	-1.727.759,33
Privatrechtliche Eintrittsgelder	-1.192.030,97	-1.229.500,00	-1.382.999,63
Privatrechtliche Teilnehmerbeiträge	-4.710.958,50	-4.625.961,00	-5.021.065,71
Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte	-2.567.306,56	-2.213.300,00	-2.752.413,38
Sonstige privatrechtliche Entgelte	-5.320.036,12	-5.423.763,65	-5.531.220,08

Kostenerstattungen und Umlagen

Transferleistungsbereich dar und werden in voller Höhe vom Freistaat erstattet.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen steigen 2014 um 5,6 %.

Dieser Anstieg ist insbesondere auf zwei Positionen zurückzuführen:

- Die Erstattungen vom Bund erhöhen sich insgesamt um 8,3 Mio. €. Dies erklärt sich durch die Erhöhung der Erstattung des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ab 2014 wird die Grundsicherung in voller Höhe erstattet (2013: 75 %), ein Verhandlungserfolg der kommunalen Spitzenverbände im Rahmen der Fiskalpaktverhandlungen mit dem Bund.
- Auch die Erstattungen vom Freistaat Bayern steigen um 19,2 v.H. Dies ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Erstattungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von ca. 1,8 Mio. € zurückzuführen. Diese Leistungen stellen Aufwand im

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Kostenerstattungen und Umlagen	-167.523.239,21	-158.637.000,42	-142.347.906,17
Erstattungen vom Bund	-80.942.076,69	-72.687.250,00	-54.928.511,97
Erstattungen vom Land	-15.450.802,01	-12.965.020,00	-14.074.627,34
Erstattungen von Gemeinden/Gemeindeverbänden	-16.457.280,50	-16.251.155,00	-17.453.203,51
Erstattungen Bezirk (Sozialleistungen)	-11.179.900,00	-10.986.900,00	-11.349.928,65
Erstattungen von Zweckverbände, kommunalen Sonderrechnungen	-13.714.331,58	-13.672.900,00	-13.006.749,61
Erstattungen vom NürnbergStift	-231.260,00	-265.000,00	-303.592,24
Erstattungen vom ASN	-377.530,22	-658.000,00	-648.213,06
Erstattungen vom Klinikum	-7.723.400,00	-9.860.601,00	-6.738.457,02
Erstattungen von SUN	-1.526.975,06	-1.774.050,00	-1.542.604,86
Erstattungen von NürnbergBad	-101.800,00	-90.900,00	-186.969,96
Erstattungen vom FSN	-87.000,00	-81.000,00	-119.259,87
Erstattungen von SÖR	-1.610.750,00	-1.658.800,00	-2.648.616,41
VKE Eigenbetriebe	-7.752.900,00	-7.948.600,00	-8.527.900,00
Erstatt. priv. Unternehmen und u.a.	-9.620.153,15	-8.930.318,42	-10.117.721,79
Erstattungen vom Staatstheater Nürnberg	-747.080,00	-806.506,00	-701.549,88

Sonstige ordentliche Erträge

Die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten, insbesondere von Zuschüssen aus vorvergangenen Jahren wurden an das Rechnungsergebnis des Vorjahres angepasst. Gründe sind hier die steigenden Investitionen, die wiederum zu höheren Abschreibungen führen. Diese korrelieren mit der Höhe der Auflösung der Sonderposten für erhaltene Investitionszuwendungen.

Die sonstigen ordentlichen Erträge sinken um 4,4 % gegenüber dem Plan 2013. Der Rückgang gegenüber 2012 für das Planjahr 2014 erklärt sich aus u. a. aus Erträgen aus dem Verkauf von Vermögen sowie aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen, wie z. B. Instandhaltungsrückstellungen, welche in 2012 verbucht wurden. Diesen Positionen stehen mangels Vorliegen valider Werte keine Planzahlen gegenüber.

2014 sind 6,5 Mio. € aus der Auflösung der Finanzausgleichsrückstellung für die Bezirksumlage von 2012 im Haushalt veranschlagt.

Demgegenüber ist der Ansatz für die Konzessionsab-

gabe auf 35,5 Mio. € reduziert, da aufgrund des Zensusergebnisses für Nürnberg ein zu berücksichtigendes Risiko für eine geringere Konzessionsabgabe durch den Rückgang der amtlichen Einwohnerzahl existiert.

Desweiteren sind bei den sonstigen Erträgen nicht planbare Veräußerungsgewinne und weitere Rückstellungsaufösungen, wie z.B. geringe Erträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen enthalten.

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Auflösung Sonderposten	-44.840.794,83	-40.834.140,89	-43.428.591,01
Auflösung Sonderposten	-44.840.794,83	-40.834.140,89	-43.428.591,01
Sonstige ordentliche Erträge	-47.298.558,00	-49.481.793	-82.551.946,33
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder)	-138.499,92	-163.700,00	-142.357,93
Verzugs- und Beitreibungsentgelte	-2.025.800,00	-2.220.000,00	-3.774.041,89
Erträge aus der Gewährung von Bürgschaften, Gewährvertr. usw.	-510.717,07	-900.000,00	-462.260,20
Erträge aus Ausgleichszahlungen	-1.200.000,00	-800.000,00	-1.510,00
Konzessionsabgabe	-35.500.000,00	-41.000.000,00	-40.873.753,83
Aktiviert Bauzeitinsen U-Bahn	-206.468,37	-206.500,00	-398.022,55
Ertrag Honorarverrechnung Bauunterhalt	0,00	-4.041.700,00	-2.562.581,15
Neutral. Zahlungen Aufwandsrückstellung	-6.507.000,00		-16.258.979,71
Aktiviert Eigenleistungen	-7.167.772,89	-5.077.100,00	-1.517.555,57
Aktiviert Eigenleistungen	-7.167.772,89	-5.077.100,00	-1.517.555,57

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen insgesamt um 18,1 Mio. € oder 3,7 %.

Hinweis:

Große Veränderungen gibt es bei der Zusammenstellung der Personalaufwendungen. Die bisher gebräuchliche Unterscheidung in Aktiv- und Passivpersonalkosten wurde zugunsten der verständlicheren Aufteilung in Personal- und Versorgungsaufwendungen aufgegeben und damit gleichzeitig dem gesetzlichen Muster angepasst. In diesem Zuge wurden auch Sachkonten zwischen diesen beiden Kontengruppen, sowie auch in die sonstigen ordentlichen Aufwendungen verschoben.

Da die Zuführungen für Pensions- und Beihilferückstellungen für aktiv Beschäftigte zukünftig bei Ruhestandsversetzungen nicht mehr im Bestand der Aktiven aufgelöst und gleichzeitig bei den Versorgungsempfängern neu gebildet werden sollen, sondern nur noch eine Umbuchung stattfinden soll, ergaben sich Verschiebungen zwischen den beiden Blöcken in Höhe von rund 36 Mio. €. Auch historisch gewachsene Zuordnungen, wie beispielsweise die Verortung von Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung von aktiv Beschäftigten im Bereich der Passivpersonalkosten, konnten durch die Neuordnung bereinigt werden.

Als Regel gilt damit, dass alle Kosten für aktiv im Dienst beschäftigte Angestellte und Beamtinnen und Beamte zukünftig bei den Personalaufwendungen veranschlagt werden, wohingegen die Aufwendungen für Ruheständler und Pensionisten bei den Versorgungsaufwendungen zu finden sind.

Die Personalaufwendungen (für Aktive) erhöhen sich im Plan um 57,4 Mio. € gegenüber dem Plan 2013 auf nunmehr 446,2 Mio. €. Darin enthalten sind auch die Stellenschaffungen insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung. Für die in 2014 anfallenden Tarifsteigerungen wurden für Beamte und Beamtenversorgungsempfänger 2,95 v.H. und für Beschäftigte, Aushilfskräfte u. a. 2,5 v. H. angenommen.

In der Position „sonstige Rückstellungen für Aktive“ werden die Rückstellungen für Altersteilzeit abgebildet. Da zunehmend Verträge auslaufen und Neuverträge aufgrund veränderter Konditionen kaum noch abge-

schlossen werden, ist im Saldo mit einer vermehrten Auflösung zu rechnen.

Die Zunahme der Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Aktive gegenüber dem Plan 2013 um 37,3 Mio. € ist der oben beschriebenen Änderung bei der Darstellung der Personal- und Versorgungsaufwendungen geschuldet. Dieser Wert muss mit den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger (Beamte/Lehrkräfte/Arbeitnehmer) im Bereich der Versorgungsaufwendungen saldiert werden (Reduzierung gegenüber dem Plan 2013 in Summe von 33,15 Mio. €). Die tatsächliche Erhöhung der Zuführung zu Pensionsrückstellungen beträgt daher 4,1 Mio. €. Das gleiche Prinzip gilt für die Zuführung zu den Beihilferückstellungen. Unter Berücksichtigung der Verschiebungen zwischen Personal- und Versorgungsaufwendungen hat sich die Zuführung gegenüber dem Plan 2013 lediglich um 459 T€ erhöht. Die durch die Umgruppierung hauptsächlich betroffenen Bereiche sind in der untenstehenden Tabelle grau unterlegt.

Die Versorgungsaufwendungen reduzieren sich auf 63,2 Mio. €. Dieser Rückgang folgt im Wesentlichen aus der o. g. Neugliederung der Personal- und Versorgungsrückstellungen.

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Personal- und Versorgungsaufwendungen	509.392.112,65	491.302.899,17	453.089.923,74
Personalaufwendungen	446.213.767,97	388.785.680,17	365.253.053,82
Bezüge Beamte	70.950.731,16	69.216.243,20	65.543.713,94
Bezüge Beamte-Lehrkräfte	69.941.406,53	66.467.211,86	62.604.755,47
Vergütungen Arbeitnehmer	191.796.632,46	180.680.341,46	171.782.097,09
Vergütungen Aushilfskräfte	4.990.415,00	5.909.212,65	5.196.525,34
Vergütungen Bundesfreiwilligen dienst, Praktikanten	2.352.218,67	1.976.635,00	1.944.465,20
Vergütungen für Dozenten, freiwilliges ökologisches/soziales Jahr	2.915.150,00	2.821.100,00	2.700.641,51
Vergütungen für Honorarkräfte u.ä.	1.258.250,00	703.900,00	702.217,85
Sonstige Rückstellungen für Aktive	-7.007.298,41	-2.452.200,00	-9.681.850,74
Erträge/Auflösung Pensions-/Beihilferückstellungen			-3.892.016,09
Beiträge Versorgungskassen	15.281.936,10	14.120.572,00	15.617.156,98
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	39.871.731,19	38.215.396,00	37.122.036,61
Beihilfen	8.425.671,24	8.435.000,00	8.149.361,22
Zuführung Pensionsrückstellung Aktive	38.787.149,48	1.506.800,00	4.477.922,00
Zuführung Beihilferückstellung Aktive	5.368.001,02	84.700,00	1.881.651,00
Pauschalierte Lohnsteuer	1.281.773,53	1.100.768,00	1.104.376,44
Versorgungsaufwendungen	63.178.344,68	102.517.219,00	87.836.869,92
Ertr./Auflös.Pensions-/Beihilferückstellungen Vers.			
Neutralisation Versorgungszahlungen	-81.342.200,00	-78.546.592,00	-75.449.641,23
Neutralisation Beihilfen Versorgungsempfänger	-11.607.400,00	-11.090.000,00	-11.608.936,55
Versorgung Beamte und Lehrkräfte	74.873.454,68	71.201.753,00	68.734.951,42
Versorgung Arbeitnehmer	10.354.300,00	11.713.357,00	10.685.582,86
Beihilfen für Versorgungsempfänger	11.892.500,00	11.362.500,00	11.880.709,55
Zuführ. Pensionsrückst. Beamte (Vers.)	26.793.100,00	39.910.551,00	35.764.807,74
Zuführ. Pensionsrückst. Lehrkräfte(Vers.)	19.313.900,00	36.908.300,00	31.083.463,70
Zuführ. Pensionsrückst. Arbeitnehmer (Vers.)	5.779.300,00	8.214.300,00	4.611.411,88
Zuführung Beihilferückstellungen Versorgungsempfänger	7.121.390,00	12.843.050,00	12.134.520,55

Sachaufwendungen und Abschreibungen

Die Sachaufwendungen insgesamt steigen moderat um 0,2 % auf 209,3 Mio. €.

Entsprechend der Preisentwicklung steigen die Aufwendungen für Strom, Gas und Wasser/Abwasser um knapp 1,3 Mio. €. Der sinkende Wert beim Gebäudeunterhalt ist auf eine Änderung beim Einbezug der Honorare zurückzuführen. Diese werden zukünftig als Interne Leistungsverrechnung auf anderen Konten verbucht. In den Zahlen von 2013 waren hierfür noch 5,2 Mio. € eingerechnet.

Die Position „Erstattungen an Dritte“ beinhaltet 63,6 Mio. € für den Servicebetrieb Öffentlicher Raum zur Finanzierung des operativen Betriebs im Bereich des „Grau- und Grün“-Infrastrukturvermögens der Stadt. Diese Position steigt gegenüber 2013 um 11,8 v.H. aufgrund von Kostensteigerungen in den Bereichen Personal, Unterhaltskosten Straßenbegleitgrün und Treibstoffen.

Im Ansatz 2014 wird einmal mehr deutlich, dass die Abschreibungen aufgrund des hohen Investitionsni-

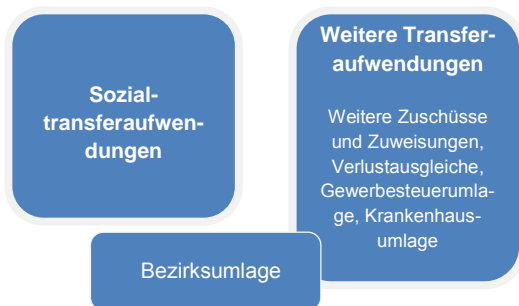
veaus weiter ansteigen werden auf nunmehr 97,9 Mio. €, das ist ein Plus von 5,8 v.H., und aus dem Ergebnishaushalt refinanziert werden müssen.

Der Unterhalt von Grünanlagen und sonstigem Grund geht nominell um 2,2 Mio. € zurück. Bei dieser Position handelt es nicht um die Pflege von Parks und Straßenbegleitgrün, die im Wirtschaftsplan von SÖR veranschlagt werden, sondern um die Pflege und den Unterhalt von sonstigen Grün und Flächen, insbesondere im Umfeld von städtischen Gebäuden oder ungenutzten Grundstücken. Auch sind darin z. B. Unterhaltskosten für Brunnen und Denkmäler und für das Schwachstromkabelnetz enthalten. Die Reduzierung der Position erklärt sich einerseits durch eine Verschiebung in die neu gegründete "Hausverwaltende Einheit Schule ("HvE Schule")" im Umfang von einer Mio. € und durch eine Reduzierung der Aufwendungen für die Sanierung von Altlasten (um 1,1 Mio. €).

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	209.286.906,64	208.927.088,34	193.149.873,47
Verbrauchsmittel und Gebrauchsgegenstände	5.545.251,18	5.543.940,00	5.276.666,39
Strom, Gas, Wasser/Abwasser etc.	19.045.118,54	17.758.583,34	17.745.219,81
Fahrzeugunterhaltung ohne Steuern und Versicherungen	440.922,18	421.800,00	470.563,42
Gebäudeunterhalt, -technik	31.883.284,04	34.907.400,00	23.006.452,36
Unterhalt von Grünanlagen und sonstigem Grund	4.396.288,60	6.607.700,00	4.663.170,89
Unterhalt v. Straßen, Brücken, Verkehr	782.574,87	242.600,00	335.429,80
Gebäudereinigung, Müll, Kanal, sonst.	26.226.020,95	26.785.030,00	25.237.549,33
Lehrmittel, Schülerbeförderung u. ä.	12.167.730,63	11.208.900,00	10.979.508,13
Erstattungen an Dritte	101.777.691,45	95.639.235,00	88.258.002,02
Sonstiges	7.022.024,20	9.811.900,00	17.177.311,32
Abschreibungen	97.887.381,01	92.580.630,00	89.347.253,62
Abschreibungen	97.887.381,01	92.580.630,00	89.347.253,62

Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen sind zu unterscheiden in Sozialtransferaufwendungen und weitere Transferaufwendungen.



Die Sozialtransferaufwendungen umfassen dabei die klassischen Sozialleistungen, die die Stadt selbst zu tragen hat, wie beispielsweise die Kosten der Unterkunft im SGB II oder die Familien- und Jugendhilfen. Hinzu kommen die Zuschüsse an soziale Einrichtungen, insbesondere an die freien Träger der Kindertagesstätten. Diese Teilmenge der Transferaufwendungen mit einem Volumen von knapp 380 Mio. € repräsentiert ca. ein Viertel der gesamten ordentlichen Aufwendungen. Gedanklich hinzu addieren sollte man an dieser Stelle noch die Bezirksumlage, die aufgrund der Aufgabenschwerpunkte des Bezirks im Wesentlichen ebenfalls aus Sozialausgaben besteht. Zusammen stellen diese Positionen mit insgesamt 532,0 Mio. € ca. ein Drittel der Gesamtausgaben des Nürnberger Stadthaushalts dar.

Die weiteren Transferaufwendungen mit 127,6 Mio. € (ohne Bezirksumlage) oder 8,1% der ordentlichen Aufwendungen beinhalten sonstige Ausgleichszahlungen. Diese sind z.B. die Gewerbesteuerumlage, Verlustausgleiche an städtische Töchter und Eigenbetriebe, weitere Zuschüsse aufgrund gesetzlicher und sozialer Verpflichtungen, die allerdings nicht den Sozialbereich betreffen, sowie Zuweisungen an das Land u.a. im Rahmen der Krankenhausumlage. In der tabellarischen Darstellung beinhaltet dieser Block auch die oben angesprochene Bezirksumlage.

Sozialtransferaufwendungen mit Bezirksumlage

Die Zuschüsse an soziale Einrichtungen (gesetzlich) steigen erneut stark um 15,4 % auf 94,1 Mio. €. Hintergrund ist hier wie in den Vorjahren insbesondere der anhaltende Platzausbau bei Kinderhorten und Kinderkrippen freier Träger.

Bei den Familien- und Jugendhilfen beträgt die Steigerungsrate 3,5 % auf nunmehr 72,4 Mio. €. Sie ist im Wesentlichen begründet durch steigende Belegungstage und höhere Tagessätze bei der Heimunterbringung.

Die Position Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) steigt um 3,5 Mio. € oder 7,2 %. Dies ist durch Mehraufwendungen bei der Grundsicherung begründet. Da die Fallzahlen bei diesen Leistungen aufgrund der demographischen Entwicklung in 2012 um rund 6 % und die Fallkosten (steigende Mieten, Mietnebenkosten und Anpassung der Regelsätze) um ca. 2,2 % gestiegen sind, wird gegenüber dem Plan 2013 mit entsprechendem Mehrbedarf geplant (+ rund 3,5 Mio. € auf ca. 48,5 Mio. €).

Die Hilfen zur Pflege erhöhen sich um 24,1 % auf nunmehr 7,6 Mio. €. Aufgrund der demographischen Entwicklung sowie der Zunahme der an Demenz erkrankten Personen, ist weiter mit einem Anstieg der Pflegebedürftigen zu rechnen. Dies spiegelt sich auch in der Kostenentwicklung wider.

Bei Asylbewerberleistungen sind gegenüber dem Vorjahresplan 28,1 % mehr Mittel eingeplant. Diese sind sowohl auf die Steigerung von Fallzahlen als auch von Fallkosten, insbesondere für Leistungen für Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, zurückzuführen. Die erbrachten Leistungen werden jedoch in voller Höhe vom Land erstattet.

Die Kosten der Unterkunft und Heizung beim Arbeitslosengeld II konnten aufgrund der positiven Arbeitsmarktentwicklung erneut geringer angesetzt werden. Sie sinken um gut 4 Mio. € gegenüber dem Vorjahresplanwert. Dabei konnten die einmaligen Leistungen für Unterkunft und Heizung um 1,2 Mio. € reduziert werden. Diese Reduzierung ist auf eine Änderung im SGB II zurückzuführen, wonach diese Leistungen nun teilweise in Form von Darlehen gewährt und von den Leistungsberechtigten eingezogen werden können.

Die Bezirksumlage wurde für 2014 mit einer 8,6%-igen Steigerung auf 152,0 Mio. € angehoben.

Weitere Transferaufwendungen

Die Zuweisungen und Zuschüsse beinhalten gemäß der Zuschussliste ca. 34 Mio. € an weiteren Zuschüssen, die aus gesetzlichen oder rechtlichen Verpflichtungen entstehen, z.B. u.a. an das Germanische Nationalmuseum oder die Nürnberger Symphoniker. Ferner ist mit ca. 9 Mio. € die Krankenhausumlage enthalten.

Für 2014 wird für die Städtischen Werke Nürnberg GmbH ein Verlustausgleich von 2,5 Mio. € veranschlagt. Für die noris inklusion gemeinnützige GmbH (vormals: Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH) ist ein Verlustausgleich in Höhe von 1,1 Mio. € eingeplant. Weiterhin enthält der Plan 2014 als Risikoposition eine Summe von 0,5 Mio. € für unvorhergesehene Verlustausgleiche.

Für den Flughafen wurde eine Kapitalzuführung von 3,75 Mio. € eingestellt.

Die Finanzierungssystematik der NOA wird grundlegend umgestellt. Statt der bisherigen Finanzierung über die Gewährung eines Verlustausgleichs nach Feststellung des Jahresergebnisses, erfolgt die Finanzierung bereits seit 2013 durch einzelne Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt. Ein zusätzlicher Verlustausgleich wird nach der neuen Systematik grundsätzlich nicht mehr gewährt.

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Transferaufwendungen	659.527.247,98	624.856.754,00	640.243.122,72
Transferaufwendungen Sozialbe- reich (direkt)	379.999.162,00	361.458.300,00	342.908.647,49
Zuschüsse an soz. Einrichtungen (ges./vertr.)	94.062.402,00	81.538.900,00	71.669.521,60
Zuschüsse an soziale Einrichtungen (freiw.)	15.761.960,00	13.060.900,00	13.339.246,88
Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung SGBXII	52.558.000,00	49.020.800,00	44.992.670,77
Hilfe zur Pflege	7.580.000,00	6.110.000,00	5.908.717,04
Eingliederungshilfe	0,00	1.300,00	473,40
Hilfe zur Gesundheit	11.857.000,00	11.884.000,00	11.870.243,76
Sonstige Hilfen außerhalb von Einrichtungen	3.023.600,00	2.940.200,00	2.832.570,94
Kriegsopferfürsorge	275.000,00	310.000,00	274.069,28
Familien- und Jugendhilfe	72.412.000,00	69.995.000,00	64.648.072,25
Asylbewerberleist. (HLU und andere Hilfen)	8.260.000,00	6.448.500,00	7.183.485,23
AL II v.a. Kosten der Unterkunft (SGBII)	109.781.000,00	113.806.000,00	116.338.918,80
Bildungs- und Teilhabepaket	4.428.200,00	6.342.700,00	3.850.657,54
Weitere Transferaufwendungen	279.528.085,98	263.398.454,00	297.334.475,23
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Verlustausgleiche)	43.736.844,98	42.972.635,00	38.584.822,62
Verlustausgleiche Eigenbetriebe, Flughafen*	12.538.841,00	12.219.780,00	22.023.887,96
Verlustausgleiche StWN, Klinikum, NOA, noris inklusion	4.100.000,00	4.400.000,00	
Gewerbesteuerumlage (Grundbetrag)	34.090.000,00	32.416.107,00	31.101.880,58
Gewerbesteuerumlage (Deutsche Einheit)	33.100.000,00	31.489.932,00	30.213.255,42
Soldiarumlage, Schuldendiensthilfe	0,00		
Bezirksumlage	151.962.400,00	139.900.000,00	145.434.894,02
Zuführungen zu Rückstellungen	0,00		29.975.734,63

*) beim Flughafen handelt es sich um eine Kapitalzuführung

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen gegenüber dem Ansatz 2013 um 7,8 %.

Der Anstieg beim sonstigen Personal- und Dienstaufwand ist vor allem auf Mehrkosten für Aus- und Fortbildung sowie für Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten für Wahlhelfer zurückzuführen. Während im Vorjahr Entschädigungen für den Wahldienst bei Landtags- und Bundestagswahl eingeplant waren, sind für 2014 Kosten für Entschädigungen für den Dienst bei Europa- und Kommunalwahl sowie für eine mögliche Oberbürgermeisterstichwahl eingeplant (insgesamt plus 240 TEUR). Bei der Aus- und Fortbildung sind in 2014 zusätzliche Mittel von insgesamt ca. 300 TEUR erforderlich, u. a. für die Einführung des Gebäudemanagements und für Projekte zur beruflichen Weiterbildung, welche jedoch größtenteils durch den Europäischen Sozialfonds gefördert werden.

Bei den Aufwendungen für Betriebsmittel konsumtiver MIP-Maßnahmen handelt es sich um konsumtive Bestandteile von im MIP veranschlagten Investitionen

(dort gesondert ausgewiesen). Beispielsweise sind in 2014 konsumtiv 719 T€ für die Generalsanierung des Sigena-Gymnasiums und 628 T€ für die Generalsanierung der Kopernikusschule im Rahmen von ÖPP-Maßnahmen veranschlagt.

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Sonstige ordentliche Aufwendungen	69.351.365,28	64.315.994,15	67.412.666,37
Sonstiger Personal-/ Dienstaufwand	4.525.086,60	3.850.300,00	3.096.136,07
Entschädigung Mitglieder des Stadtrates	2.010.000,10	2.010.000,00	1.726.609,19
Betriebsmittel (konsumtive MIP-Maßnahme)	4.560.000,00	3.035.000,00	3.704.268,88
Miet- und Pachtaufwand Immobilien, Erbbauzins	10.439.801,65	10.180.560,00	9.088.341,52
Mietnebenkosten von Immobilien	1.673.035,95	1.510.800,00	1.545.804,76
Mieten/Pachten/Leasing bewegliche Sachen	2.924.502,84	2.629.850,00	1.865.666,65
Mietaufwand für Heime und Pensionen	1.300.000,09	1.317.500,00	1.304.313,51
Kosten für Sachverständige und Gutachten	3.024.289,35	2.213.240,00	1.822.024,21
Nutzungsentgelte/Pflege Software/Lizenzen	3.581.264,90	3.598.800,00	3.088.467,12
Vergütungen für Leistungen Dritter	6.904.030,05	5.535.700,00	6.789.643,49
Versicherungsbeiträge (incl. KUV)	5.776.550,00	5.443.500,00	5.186.529,29
Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen	4.560.000,00	4.400.000,00	1.364.885,63
Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.072.803,75	18.590.744,15	26.829.976,05

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis fällt mit insgesamt 17,2 Mio. € im Plan 2014 um 40,6 % besser aus als im Plan 2013.

Ein wesentlicher Grund für das bessere Ergebnis ist die erhöhte Planung aus der Verzinsung der Gewerbesteuer, die aufgrund der zu erwartenden Differenz zwischen Gewerbesteuervorauszahlungen und -festsetzungen um 3 Mio. € höher als im Vorjahr angesetzt werden konnte.

Die Zinsaufwendungen bei Kreditinstituten können mit 38,6 Mio. € um 13,6 % niedriger angesetzt werden als im Vorjahr. Das anhaltend niedrige Zinsniveau ermöglicht trotz der hohen Investitionssummen knapp die Hälfte dieser Anpassung. Die zweite Hälfte resultiert aus einem niedrigeren Ansatz beim Zinsaufwand für

Derivatgeschäfte im Vergleich zum Vorjahr, bei denen damals von einem zu hohem Aufwand ausgegangen wurde.

Dennoch bleiben die Zinsaufwendungen mit insgesamt über 45 Mio. € auch zukünftig eine Risikoposition des Stadthaushaltes, sollte das Zinsniveau wieder deutlich steigen.

	Ansatz Haushalts- jahr 2014	Ansatz des Vorjahres	Ergebnis des Vor- Vorjahres
	€	€	€
Finanzergebnis	17.197.638,34	28.948.510,00	24.042.826,33
Finanzerträge	-28.556.357,49	-23.458.010,00	-25.183.837,65
Zinserträge	-3.045.864,43	-2.248.410,00	-1.813.899,66
Erträge Gewinnanteile aus Beteiligungen	-7.008.600,00	-6.008.600,00	-6.299.814,86
Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	-2.100,00	-900,00	-4.636,15
Verzins. Gewerbe-/Umsatzsteuer §233a AO	-18.000.000,00	-15.000.000,00	-16.489.673,06
Zinserträge (Versorgungsrücklage)	-14,24	-100,00	-3,04
Stundungszinsen und andere Finanzerträge	-499.778,82	-200.000,00	-575.810,88
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45.753.995,83	52.406.520,00	49.226.663,98
Zinsaufwendungen an den Bund			
Zinsaufwendungen an das Land und sonstige öffentliche Bereiche			6.312,33
Zinsaufwendungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen			53.168,77
Zinsaufwendungen sonstige öffentliche Sonderrechnungen			
Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	38.625.140,00	44.683.720,00	43.820.307,75
Zinsaufwendungen an übrige Bereiche		1.000,00	5.937,50
Zinsaufwendungen Kassenkredite		500.000,00	59.075,09
Erstattungszinsen (Gewerbesteuer)	7.000.000,00	7.000.000,00	5.240.663,00
Sonstige Zinsaufwendungen	128.855,83	221.800,00	41.199,54

**Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit
(§ 1 Abs. 2 Nr. 4 KommHV-Doppik)**

Bezeichnung	Vorvorjahr	Vorjahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
	2012 (Ist) EUR	2013 (Plan) EUR	2014 (Plan) EUR	2015 (Plan) EUR	2016 (Plan) EUR	2017 (Plan) EUR
	1	2	3	4	5	6
1. Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich	-105.189.670	-64.078.866	-57.000.190	-103.413.333	-111.243.268	-121.390.731
1.1 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit mit Zweckbindung für bestimmte Auszahlungen (-)	-718.747	-883.400	-804.400	-824.510	-845.123	-865.736
1.2 Ordentliche Tilgungen von Krediten (-) zuzüglich	48.518.619	63.165.265	61.401.200	57.050.600	60.065.600	62.470.600
1.3 Rückflüsse von Ausleihungen (+)	-2.660.674	-3.267.080	-2.973.800	-2.772.205	-2.740.450	-2.665.295
1.4 Investitionspauschalen nach Art. 12 FAG (+)	-4.697.103	-5.000.000	-4.200.000	-5.000.000	-5.000.000	-5.000.000
2. Bereinigtes Zahlungsergebnis	-63.310.081	-8.297.281	-1.968.390	-53.310.428	-58.072.995	-65.719.690
Nachrichtliche Angaben zum Finanzhaushalt						
3. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	12.413.000	14.803.000	11.349.604	10.882.000	7.521.000	7.201.000
4. Auszahlungen für Baumaßnahmen an Straßen	4.630.565	13.493.000	21.586.000	44.318.000	40.997.000	57.541.000
5. Einzahlungen aus Zuwendungen, Beiträgen u. ähnlichen Entgelten für Baumaßnahmen an Straßen	-1.592.406	-8.198.000	-15.759.000	-32.397.000	-30.195.000	-48.339.000
6. Außerordentliche Tilgung von Krediten	0	10.000.000				
7. Tilgung zur Umschuldung	-50.670.000	-91.232.084	-46.706.000	0	0	0
8. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	-22.938.464	-5.002.000	-7.000.000	-7.000.000	-7.000.000	-7.000.000
9. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-2.954.239	-1.645.000	-1.428.200	0	0	0
10. Einzahlungen aus der Verminderung von Liquiditätsreserven	0	0	0			
11. Auszahlungen für Renten (Leibrenten) für die Abtretung von Grundstücken	191.351	250.300	250.200	256.455	262.866	269.278
12. Leasingraten (soweit vermögenswirksam)	0	0	0	0	0	0
13. Auszahlungen für ÖPP-Modelle und Ähnliches (soweit vermögenswirksam)	4.474.272	4.520.000	4.566.000	4.224.000	1.938.000	1.208.000

Bezeichnung	Vorvorjahr	Vorjahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
	2012 (Ist) EUR	2013 (Plan) EUR	2014 (Plan) EUR	2015 (Plan) EUR	2016 (Plan) EUR	2017 (Plan) EUR
	1	2	3	4	5	6
Nachrichtliche Angaben zum Ergebnishaushalt						
14. Planmäßige Abschreibungen abzüglich	89.347.425	92.580.630	97.887.381	101.303.653	104.307.837	107.209.522
14.1 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (-)	-34.814.473	-32.296.720	-35.820.454	-37.074.171	-38.186.397	-39.261.548
14.2 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten (-)	-7.336.647	-7.639.082	-7.742.956	-8.013.960	-8.254.379	-8.486.784
15. Nettoabschreibungen	47.196.305	52.644.828	54.323.971	56.215.522	57.867.062	59.461.190
16. Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zuzüglich	92.331.789	107.332.701	105.024.372			
16.1 Zuführungen zu Umweltrückstellungen (+)	348.671	0	0			
16.2 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (+) abzüglich	37.832.895	0	0			
16.3 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (-)	-17.917.719	-23.493	-1.000.000			
17. Nettozuführung zu Rückstellungen	112.595.636	107.309.208	104.024.372			
18. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenausschlag	0	0	0	0	0	0
19. Buchgewinne bei Veräußerung-/Abgang ordentlich	-6.237.150	0	0			
20. Buchverluste bei Veräußerung-/Abgang ordentlich	4.936.569	1.500	66.500			
21. Außerordentliche Erträge	-4.257.691	-131.400	-2.450.975			
22. Außerordentliche Aufwendungen	1.936.799	168.500	19.306			

Bezeichnung	Vorvorjahr	Vorjahr	HH-Plan	HH-Plan +1	HH-Plan +2	HH-Plan +3
	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	(Ist)	(Plan)	(Plan)	(Plan)	(Plan)	(Plan)
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Nachrichtliche Angaben zum Haushaltsausgleich						
23. Ergebnisbezogener Haushaltsausgleich	-19.184.318	-13.904.796	-23.188.549	-64.541.225	-70.594.742	-70.243.669
24. Allgemeine Rücklage (Nettoposition)	-103.929.324	-103.929.324	-103.929.324	-103.929.324	-103.929.324	-103.929.324
25. Ergebnisrücklage	-101.729.078	-114.742.274	-137.360.813	-201.902.038	-272.496.780	-342.740.449
26. Ergebnisvortrag	11.855.744	9.557.219	8.987.209			
27. nicht aufzulösende Sonderposten *)	-825.568.227	-785.632.425	-742.069.014	-696.980.883	-650.540.108	-602.791.776
28. aufzulösende Sonderposten *)						
29. Liquiditätsreserve	102.826.425					
davon Wertpapiere des Umlaufvermögens	20.000.001					
davon Geldanlagen	61.831.043					
Hinsichtlich weiterer Vorbelastungen (Verpflichtungsermächtigungen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten) wird auf die Anlagen des Haushaltsplans nach § 1 Abs. 3 Nrn. 3 und 4 KommHV-Doppik verwiesen.						

Hinweis: Es wurde die Vorzeichenlogik aus SAP verwendet.

30. Entwicklung der Kassenkredite

Im Vorjahr: 2013

In der Haushaltssatzung festgesetzter Höchstbetrag: 280.000 TEUR

	Jan TEUR	Feb TEUR	März TEUR	Apr TEUR	Mai TEUR	Jun TEUR	Jul TEUR	Aug TEUR	Sep TEUR	Okt TEUR	Nov TEUR	DEZ TEUR
Maximaler Betrag	25.000,00	25.000	0	50.000	50.000	0	0	0	0	0	0	0
Niedrigste Ausschöpfung	0,00	0	0			0	0	0	0	0	0	0
Durchschnittl Inanspruchnahme	1.612,00	15.178	0	20.000	25.806	0	0	0	0	0	0	0

Im Vorvorjahr: 2012

In der Haushaltssatzung festgesetzter Höchstbetrag: 280.000 TEUR

	Jan TEUR	Feb TEUR	März TEUR	Apr TEUR	Mai TEUR	Jun TEUR	Jul TEUR	Aug TEUR	Sep TEUR	Okt TEUR	Nov TEUR	DEZ TEUR
Maximaler Betrag	0,00	0	25.000	45.000	45.000	0	0	0	0	25.000	25.000	0
Niedrigste Ausschöpfung	0,00	0	0	25.000	0					0	0	
Durchschnittl Inanspruchnahme	0,00	0	2.419	29.000	26.129	0	0	0	0	16.935	833	0

F.7 Abweichungen zum Vorjahres-Finanzplan

Die folgende Analyse zeigt die unterschiedlichen Planansätze für das Jahr 2014. Gegenübergestellt werden hierbei die aktuellen Planungen und die Planwerte des Mittelfristigen Finanzhaushaltes aus den Haushaltsberatungen vom November 2012 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für das Jahr 2013.

Der Vergleich zeigt eine hohe Kongruenz der Pläne bei den laufenden Einzahlungen. Bei den Steuern beträgt die Abweichung 1,1 %. Die Auszahlungen differieren um 2,1 %.

Die Tabelle zeigt aufgrund planungsbedingter Verläufe einzelner Bauprojekte einen Rückgang im Bereich der Investitionstätigkeit in 2014. Gegenüber dem früheren Plan sind hier im Saldo gut 29 % weniger städtische Mittel veranschlagt. Über den gesamten Finanzplanungszeitraum 2014 bis 2017 steigt das Investitionsvolumen gleichwohl gegenüber dem MIP 2013-2016 nochmals leicht an.

Die Kredittilgung konnte mit 6,7 Mio. € einen erfreulichen Wert erreichen. In der mittelfristigen Planung wurde von 6,9 Mio. € Tilgungssumme und somit einem fast identischen Wert ausgegangen.

Hinweis:

Eine wesentliche Änderung wird im Planvergleich deutlich: Die mit 15 Mio. € in der mittelfristigen Planung veranschlagte „Globalkonsolidierung“ wird nicht mehr extra ausgewiesen. Sie wurde im Saldo „laufende Verwaltungstätigkeit“ berücksichtigt.

Verschiedene Positionen wurden zur besseren Vergleichbarkeit zusammengefasst.

Die jeweiligen Summenzeilen sind vergleichbar.

	Plan 2014	Mittelfristiger Plan 2014	Abwei- chung
	€	€	%
1 Steuern und ähnliche Abgaben	-833.001.500	-823.644.696	1,1%
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-379.854.764	-387.299.249	-2,0%
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	-5.473.480	-5.199.518	5,0%
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelt	-58.587.914	-60.404.441	-3,1%
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-38.553.643	-37.162.081	3,6%
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-167.609.349	-173.905.793	-3,8%
7 + Sonstige Einzahlungen lfd. Verwaltung	-68.391.524	-69.212.752	-1,2%
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-3.045.864	-2.304.620	24,3%
S1 = Einzahl.laufende Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 1 - 8)	-1.554.518.039	-1.559.133.148	-0,3%
9 - Personalauszahlungen	418.476.657	412.061.459	1,5%
10 - Versorgungsauszahlungen	97.109.900	97.566.459	-0,5%
11 - Auszahl. für Sach- und Dienstleistung.	214.851.963	214.719.754	0,1%
12 - Transferauszahlungen	663.877.248	638.876.591	3,8%
13 - Sonstige Auszahlungen lfd. Verwaltung	57.448.085	53.911.415	6,2%
14 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	45.753.996	48.888.945	-6,9%
S2 = Auszahl. laufende Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9-14)	1.497.517.849	1.466.024.623	2,1%
S3 = Saldo laufende Verwaltungstätigkeit (= Saldo S1, S2)	-57.000.190	-108.108.526	-89,7%
15 + Einzahl. aus Investitionszuwendungen	-63.203.470	-79.374.200	-25,6%
16 + Einzahl. aus Beiträgen u.ä. Entgelten			
17 + Einzahl. Veräußerung von Sachvermögen	-7.000.000	-5.002.000	28,5%
18 + Einzahl. Veräußerung v. Finanzvermögen	-1.428.200	-1.645.000	-15,2%
19 + Einzahl. sonstige Investitionstätig.	-2.973.800	-2.099.100	29,4%
S4 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 15-19)	-74.605.470	-88.120.300	-18,1%
20 - Auszahl. für Erwerb von Grundstücken			
21 - Auszahl. für Baumaßnahmen	119.701.724	173.644.225	-45,1%
22 - Auszahl. Erwerb bewegl. Sachvermögen			
23 - Auszahl. für Erwerb von Finanzvermögen	4.647.500	4.838.000	-4,1%
24 - Auszahl. für Investitionsförderungen	21.865.000	10.865.000	50,3%
25 - Auszahl. sonstige Investitionstätig.	800.000	553.000	30,9%
S5 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 20-25)	147.014.224	189.900.225	-29,2%
S6 = Saldo aus Investitionstätigkeit (= Saldo S4, S5)	72.408.754	101.779.925	-40,6%
S7 = Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlb. (=Saldo S3, S6)	15.408.564	-6.328.601	141,1%
26a + Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	-59.250.000	-62.000.000	-4,6%
26b + Einz., Kreditaufnahme wirtsch.gleichk.			
S8 = Einzahlungen aus Finanzierungstätig. (=Z. 26a, 26b)	-59.250.000	-62.000.000	-4,6%
27a - Auszahlungen für die Kredittilgung	61.401.200	62.362.915	-1,6%
27b - Ausz., Tilgung kreditähnlicher Rechtsg	4.566.000	6.567.000	-43,8%
S9 = Auszahlungen aus Finanzierungstätig. (=Z. 27a, 27b)	65.967.200	68.929.915	-4,5%
S10 = Saldo Finanzierungstätigkeit (= Saldo S8, S9)	6.717.200	6.929.915	-3,2%
S11 = Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag (= Saldo S7, S10)	22.125.764	601.315	97,3%

F.8 Wirtschaftliche Lage ausgewählter Beteiligungen

Die Stadt Nürnberg erfüllt ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt nicht nur durch ihre klassischen Dienststellen der Stadtverwaltung. Einen nicht unerheblichen Teil der Aufgaben hat die Stadt Nürnberg auf Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Insbesondere die Städtischen Werke Nürnberg GmbH (StWN) und das Klinikum Nürnberg (Klinikum) haben aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtkonzern unmittelbar Einfluss auf das Konzernergebnis und auf den städtischen Kernhaushalt.



Städtische Werke Nürnberg GmbH

Die StWN schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresfehlbetrag von 15,5 Mio. € ab. Damit hat sich das Jahresergebnis im Vergleich zu 2011 (Jahresfehlbetrag i.H.v. 3,3 Mio. €) um 12,2 Mio. € verschlechtert. Gegenüber dem Wirtschaftsplan liegt das Jahresergebnis um 2,64 Mio. € besser als prognostiziert. Ursächlich hierfür sind vor allem Veränderungen in der Ergebnisabführung der N-ERGIE und der VAG.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Ergebnisabführung des N-ERGIE Teilkonzerns an die StWN leicht auf 54,4 Mio. € (Vorjahr 52,7 Mio. €), gleichzeitig stieg aber auch der Zuschussbedarf der VAG deutlich von 53,5 Mio. € in 2011 auf 65,8 Mio. € in 2012 (Ergebnis 2011 enthielt Sondereffekte).

Das Eigenkapital hat sich gegenüber 2011 um 6,2 % verringert. Die Eigenkapitalquote ist auf 57,5 % (Vorjahr: 63,0 %) gesunken. Ursache hierfür sind höhere Verbindlichkeiten und das gesunkene Eigenkapital.

Für den Haushalt 2014 ist im Ergebnishaushalt ein Verlustausgleich durch die Stadt Nürnberg in Höhe von 2,5 Mio. € eingeplant. Dies trägt der Erwartung einer mittelfristigen Stabilisierung des Jahresergebnisses der StWN Rechnung und verdeutlicht gleichzeitig, dass die Stadt bereit ist im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die StWN bilanziell und liquiditätsmäßig auf Stabilitätskurs zu halten.

Selbstverständlich war auch in 2012 die Energiewende für die N-ERGIE AG das dominierende Thema. Seit 2011 wurde der Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen bei der N-ERGIE AG vorangetrieben und auch in 2012 fortgesetzt. Die N-ERGIE AG setzt hier darauf die eigenen Erzeugungskapazitäten weiter auszubauen. Über die 100%ige Tochter N-ERGIE Regenerativ GmbH (ehemals empuls GmbH) wurden in 2012 weitere Gesellschaften erworben, die Photovoltaik-Freiflächenanlagen betreiben und bereits 2011 errichtete Windkraftanlagen in Betrieb genommen. In Summe beträgt das Erzeugungsvolumen der N-ERGIE Regenerativ GmbH aus erneuerbaren Energien mittlerweile rund 44 MW.

Die N-ERGIE rechnet aktuell damit, dass das geplante Jahresergebnis in 2013 erreicht werden kann. Ergebnisrisiken bestehen aufgrund Unsicherheiten über die Ausgestaltung des zukünftigen Energiemarktdesigns sowie ggf. erforderlicher überplanmäßiger Zuführungen bei den Pensionsrückstellungen.

Bei der zweiten wesentlichen Einheit des StWN-Konzern, der VAG, hat sich in 2012 aufgrund der in Deutschland freundlichen wirtschaftlichen Gesamtsituation der Trend der Vorjahre fortgesetzt.

Die VAG beförderte im Jahr 2012 in Nürnberg, Fürth, Stein, Erlangen sowie in kleineren Nachbarorten rechnerisch 156,8 Millionen Personen. Wie bereits in den Vorjahren entschieden sich 22 Prozent der Nürnberger bei der Verkehrsmittelwahl für den ÖPNV. Die rechnerische Zahl der Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr (ÖV-Fahrten) sank leicht um 0,5 Prozent von 158 Mio. auf 157 Mio. Personen.

Für den leichten rechnerischen Rückgang der ÖV-Fahrten ist ein geändertes Kaufverhalten der Kunden der VAG verantwortlich. Viele Nutzer haben ihre Ti-

cketwahl optimiert und wechselten von der MobiCard ins Jahresabo oder in die Solo31 und damit zu Fahrkarten, die mit einer geringeren Nutzungshäufigkeit bewertet ist. Folglich hat sich die Zahl der rechnerisch vom VGN ermittelten ÖV-Fahrten leicht verringert. Die eigenen Verkehrszählungen der VAG mithilfe automatischer Zählanlagen ergab für 2012 einen Fahrgastzuwachs von 0,6%.

Die Umsatzerlöse der VAG stiegen im Geschäftsjahr 2012 um 12,6 Millionen € auf 153,1 Millionen €. Die Verkehrserlöse inklusive Verkehrsnebenerlöse erhöhten sich im Berichtsjahr um 13,4 Mio. €. Die Steigerung resultierte aus der Tarifierhöhung und der Einführung des Stadttarifs zum 1. Januar 2012.

Ergebnisrisiken ergeben sich unter anderem aus der bislang ungeklärten Perspektive der öffentlichen Investitionsförderung. Im Zeitraum von 2014 bis 2019 erreichen 42 Altfahrzeuge des Typs DT1, die aktuell auf der U-Bahn-Linie U1 im Einsatz sind, ihr kalkuliertes Lebensdauerende. Die Finanzierung der Ersatzbeschaffung sowie weiterer notwendiger Investitionen ist bisher nicht geklärt. Aufgrund der derzeit fehlenden Zusagen für öffentliche Zuschüsse seitens des Freistaates Bayern wären die Maßnahmen im dreistelligen Millionenbereich durch die VAG alleine zu tragen.



Klinikum Nürnberg

Das Klinikum schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresfehlbetrag von rund 4,7 Mio. € (Vorjahr: Jahresüberschuss von rund 2,1 Mio. €) ab. Damit liegt das Jahresergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um 4,75 Mio. € schlechter als geplant. Der Wirtschaftsplan 2012 hatte einen Jahresüberschuss in Höhe von 40.000 € ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2013 schließt der Erfolgsplan des Klinikums mit einem Jahresüberschuss von 422.000 € ab.

Die Planansätze für die Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen sind allerdings mit Unsicherheit behaftet. Auf Landesebene konnte zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans zwischen der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen keine Einigung zum Landesbasisfallwert erzielt werden. Ferner beruht auch die Prognose der Leistungsentwicklung auf unsicheren Annahmen zur Entwicklung der Nachfrage nach Krankenhausleistungen.

Ende des zweiten Quartals 2013 lässt sich eine leicht positive Entwicklung der Fallzahlen sowie des „Casemix“ (Summe der mit dem kaufmännischen Schweregrad gewichten Behandlungsfälle) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum feststellen. Der abgerechnete Casemix, vor Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, bewegte sich im ersten Halbjahr in etwa auf dem Vorjahresniveau, wobei die vollstationären Fallzahlen leicht zunahmen.

Der Landesbasisfallwert 2013, als wichtigste Berechnungsgrundlage der abgerechneten Leistungen, wurde 2013 gegenüber dem Vorjahr um lediglich 1,26% erhöht. Die Erhöhung bleibt somit erneut hinter den mit durchschnittlich 2,5 % erwarteten Tarif- und Sachkostensteigerungen im laufenden Jahr zurück. Auch das im Juli beschlossene Finanzierungspaket für die Krankenhäuser in Höhe von 0,4% (umgerechnet auf das Gesamtjahr 2013) kann diese Erlös-Kostenschere nur teilweise schließen.

Die entstehende Lücke muss durch weitere Leistungssteigerungen sowie Konsolidierungsmaßnahmen kompensiert werden. Insoweit ist das geplante Jahresergebnis des Klinikums risikobehaftet.



Flughafen Nürnberg GmbH

Die Nachwirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise und der damit verbundene Verkehrsrückgang haben die Ergebnisentwicklung der Flughafen Nürnberg GmbH deutlich belastet.

Mit dem zunehmenden Wettbewerb unter den Airlines und zwischen den Flughäfen erhöht sich gleichzeitig der Druck auf die für die Nutzung der Infrastruktur und der Dienstleistungen des Flughafens erhobenen Entgelte. Der aktuelle Markt- und Wettbewerbsdruck erschwert es, kostendeckende Preise am Markt durchzusetzen, ohne dadurch das Streckenangebot zu gefährden. Vielmehr erwarten die Airlines zur Sicherung des bestehenden Verkehrs mehr und mehr preisliche Zugeständnisse.

Mit der Akquisition der airberlin, dem gemeinsamen Aufbau und der ständigen Weiterentwicklung des Drehkreuzes sowie der permanenten Streckenoptimierung mit den übrigen Airlines konnte der Flughafen Nürnberg bis 2007 z. T. überproportionale Wachstumsraten erzielen. Dadurch konnten steigende Kostenbelastungen im Wesentlichen ausgeglichen werden.

Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008/2009 blieb aber dieses Wachstum nicht nur aus, sondern die Krise sowie die Situation der Airberlin hat zu einem massiven Verkehrs- und Umsatzeinbruch geführt. Nach den aktuellen Verkehrsprognosen wird die Verkehrs- und Umsatzentwicklung auch in den nächsten Jahren nachhaltig unter der damaligen Erwartung bleiben.

Die Stadt Nürnberg und der Freistaat Bayern als Gesellschafter der Flughafen Nürnberg GmbH haben daher verschiedene Maßnahmen ergriffen, mit dem Ziel die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens zu schaffen. Die Maßnah-

men sollen die Kapitalausstattung des Flughafens verbessern, auf der Kostenseite für Einsparungen sorgen und gleichzeitig auf der Marktseite wieder positive Entwicklungen ermöglichen.

Die Gesellschafter haben bereits Ende 2011 beschlossen, paritätische 80%ige Ausfallbürgschaften für Bankkreditaufnahmen gemäß der aktuellen Bürgschaftsmitteilung der EU-Kommission vom 20.06.2008 (ABl. EU 2008/C 155/10) zu übernehmen sowie Bareinlagen im Gesamtvolumen von 40 Mio. € an die Flughafen Nürnberg GmbH zu leisten, um damit die Kapitalausstattung des Flughafens zu verbessern.

Sowohl die Zuführung der Bareinlage als auch die Übernahme der Kreditbürgschaften erfolgt paritätisch, d.h. zu gleichen Teilen durch den Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg. Die Beiträge (Bareinlage) der Stadt Nürnberg für 2014 in Höhe von 3,75 Mio. EUR sind im Haushaltsplanentwurf bereits enthalten.

Daneben wurden von dem Beratungsunternehmen PricewaterhouseCoopers (PWC) ein Restrukturierungskonzept erstellt, dessen Bestandteile sukzessive abgearbeitet werden. Dieser Prozess wird eng durch den Aufsichtsrat und die Gesellschafter begleitet.

In 2012 konnte aufgrund der Umsetzung der Maßnahmen trotz einer erheblich unter der Erwartung liegenden Verkehrsentwicklung das Jahresergebnis der FNG deutlich verbessert werden (Jahresfehlbetrag 2012 i.H.v. 2,47 Mio. €; Dies entspricht einer Reduzierung auf rund ein Viertel des Vorjahreswertes und einer Verbesserung gegenüber der Planung i.H.v. rd. 3 Mio. €).

Das Marktumfeld der Flughafen Nürnberg GmbH befindet sich aktuell allerdings weiterhin in einer dramatischen Veränderung mit zunehmender Marktbereinigung.

Sparprogramme der wichtigsten Airlines mit erheblichen Kapazitätsreduzierungen und Konzentration auf große Flughäfen sowie Marktaustritte v.a. bei Regionalairlines führen zu einer anhaltend sehr schwierigen Situation für mittlere und kleinere Flughäfen.

Airberlin hat zwischenzeitlich entschieden, das touristische Drehkreuz in NUE nicht weiter zu fliegen. Hinzu kommen Kapazitätsreduzierungen des Lufthansa-Konzerns. Für das laufende Jahr 2013 zeichnet sich für NUE damit ein weiterer Rückgang bei den Passagierzahlen auf ca. 3,1 Mio. Passagiere ab.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Geschäftsführung in Abstimmung mit den Gesellschaftern ein Konzept für eine langfristig tragfähige Unternehmens- und Finanzierungsstruktur in Auftrag gegeben mit dem Ziel, Handlungsoptionen aufzuzeigen, welche die Gesellschaft in die Lage versetzen, Betrieb und Weiterentwicklung des Flughafens wieder aus eigener Kraft zu bewältigen.

Bis zur Fertigstellung und Umsetzung des Konzeptes hält die Geschäftsführung am strikten Sparkurs fest. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass für den städtischen Kernhaushalt weitere finanzielle Belastungen entstehen.

Am 02.08.2013 hat der Aufsichtsrat einstimmig beschlossen, dass Herr Dr. Michael Hupe als Alleingeschäftsführer die Nachfolge der bisherigen Flughafen-Geschäftsführer Karl-Heinz Krüger und Harry Marx übernimmt. Dr. Hupe hat zum 01.11.2013 seinen Dienst angetreten.

wbg Nürnberg GmbH

In 2012 erzielte die Unternehmensgruppe einen Jahresüberschuss von rund 12,5 Mio. € (Vorjahr 10,9 Mio. €). Der Jahresüberschuss der wbg Nürnberg GmbH lag bei 12,8 Mio. € (Vorjahr 11,1 Mio. €).

Die Bilanzsumme der WBG Nürnberg Gruppe hat sich von 508,8 Mio. € im Vorjahr auf rund 510,4 Mio. € erhöht. Das Eigenkapital ist auf 164,1 Mio. € (Vorjahr 151,6 Mio. €) gestiegen und hat damit erneut den Wert des Unternehmens gesteigert.

Die Ertragssituation hat sich damit erfreulich positiv entwickelt, auch wenn die Unternehmensgruppe nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist.

Die Durchschnittsmiete aller wbg-eigenen Wohnungen stieg pro Quadratmeter Wohnfläche und Monat um 0,14 € auf 5,47 €, die der Unternehmensgruppe ebenfalls um 0,14 € auf 5,55 €. Dieser Wert liegt deutlich unter dem Mittelwert des aktuellen Nürnberger Mietenspiegels von 6,42 €. Gerade hier wird deutlich, dass die wbg dämpfend auf die Mietpreisentwicklung in Nürnberg einwirkt und eine sehr verantwortungsvolle Mietpreispolitik umsetzt, die nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern den satzungsmäßigen Auftrag der wbg Nürnberg GmbH ernst nimmt.

Dies zeigt auch das hohe Niveau der Instandhaltungsausgaben für den Wohnungsbestand. Die wbg-Unternehmensgruppe hatte 2012 Ausgaben für laufende Instandhaltung und Modernisierung in Höhe von 29,7 Mio. € (Vorjahr 29,2 Mio. €).

Eine zentrale Aufgabe in den nächsten Jahren ist die weitere Entlastung des Wohnungsmarktes durch die verstärkte Neubautätigkeit. Hierzu sollen rund 1.000 Wohneinheiten neu errichtet werden, etwa hälftig im Bereich des Mietwohnungsbaus und des Wohneigentums.

Die wbg Nürnberg GmbH rechnet aktuell damit, dass das geplante Jahresergebnis in 2013 (Jahresüberschuss i.H.v. 10,4 Mio. €) erreicht werden kann.

Nürnberg Messe GmbH

Die NürnbergMesse Group verzeichnet 2012 das stärkste Geschäftsjahr ihrer Unternehmensgeschichte: 236 Millionen € Umsatz und ein Jahresüberschuss von 10,1 Millionen €.

Dies resultiert aus der positiven Entwicklung des operativen Geschäftes. So stieg die gebuchte Nettofläche um 5 % gegenüber dem bislang besten Geschäftsjahr (2010: 946.031 Quadratmeter, 2012: 990.718 Quadratmeter), die Zahl der Aussteller um 2 % (2010: 28.850, 2012: 29.449), die der Besucher um 1 % (2010: 1.346.356, 2012: 1.356.095).

In der ‚Besten-Liste‘ des Messeplatzes Deutschland ist die NürnbergMesse damit hinsichtlich des Umsatzes in 2012 erstmals auf Platz 6 vorgerückt, und hinsichtlich des Jahresergebnisses auf Platz 4.

Der Neubau der Halle 3A befindet sich im Zeitplan. Geplant ist, dass die Halle der Spielwarenmesse im Februar 2014 als erste Nutzerin zur Verfügung steht. Die Halle 3a erweitert die Ausstellungsfläche um 9.000 Quadratmeter zusätzlich, auf dann insgesamt 170.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche.

Für das turnusgemäß schwächere Jahr 2013 erwartet die NürnbergMesse Group einen Umsatz von gut 180 Millionen €. Insgesamt zeigen sich das operative Ergebnis und das Jahresergebnis im ersten Quartal leicht verbessert gegenüber den Planwerten des Wirtschaftsplanes 2013.

Noris Arbeit gGmbH

Das Geschäftsjahr 2012 war bei der Noris Arbeit gGmbH (NOA) geprägt durch innerbetriebliche Anpassungsprozesse, verbunden mit einem Wechsel des Geschäftsführers im Oktober 2012 und einer Änderung der innerbetrieblichen Organisation in Form eines massiven Personalabbaus und der Konzentration der Unternehmenstätigkeit auf das Kerngeschäft der NOA.

Die umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen waren notwendig um den für die Gesellschaft negativen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Der Umstrukturierungsprozess wurde in 2012 begonnen und soll 2014 abgeschlossen sein.

In 2012 erwirtschaftete die NOA daher einen operativen Verlust in Höhe von 4,8 Mio. €. Darin enthalten sind Abfindungszahlungen auf Grundlage der zu Erreichung des notwendigen Personalabbaus abgeschlossenen Betriebsvereinbarung (sog. „Jobplan“) in Höhe von 1,3 Mio. €.

Insgesamt haben bis Juni 2013 61 Personen auf Grundlage der Betriebsvereinbarung einen Auflösungsvertrag mit dem Unternehmen geschlossen. Die damit verbundenen Einsparungen werden teilweise erst in den Jahren 2013 und vereinzelt 2014 wirksam.

Aufgrund der im Jahr 2012 eingeleiteten Maßnahmen zur Anpassung der Geschäftstätigkeit und der Struktur des Unternehmens an die aktuellen Möglichkeiten Umsätze zu erwirtschaften, geht die Geschäftsführung davon aus, dass im Jahr 2013 das Volumen der Geschäftstätigkeit stabil gehalten werden kann. Aufgrund der Umstellung der Finanzierungssystematik durch die Stadt Nürnberg auf projektbezogenen Zuschüsse an die NOA wird sich der Verlust im Jahr 2013 stark reduzieren. Entsprechend der Wirtschaftsplanung für 2013 ist für das operative Geschäft (ohne geplante Restrukturierungskosten i.H.v. rund 0,9 Mio. €) erstmalig eine „schwarze Null“ geplant.

Spätestens für das Geschäftsjahr 2014 kann mit einem noch einmal deutlich geringeren finanziellen Engagement der Stadt Nürnberg für die NOA gerechnet werden. Die aktuelle Wirtschaftsplanung sieht projektbezogenen Zuschüsse i.H.v. 2,2 Mio. € vor. Ein Verlustausgleich ist daneben im Wirtschaftsplan der NOA nicht mehr vorgesehen. Der Entwurf der Geschäftsführung sieht aktuell ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

noris inklusion gemeinnützige GmbH

(vormals: Werkstatt für Behinderte der Stadt Nürnberg gGmbH)

Das Geschäftsjahr 2012 ist insgesamt etwas befriedigender verlaufen als das Vorjahr, da laufende Rechtsstreitigkeiten über Entgelte mit dem überörtlichen Sozialhilfeträger zu einem für die Erlössituation positiven Ende geführt werden konnte. Die Entwicklung der Umsätze im Arbeitsbereich war leicht rückläufig und wurde zum Teil durch die Senkung der Produktionskosten aufgefangen.

Insgesamt aufgrund der höheren Entgelte konnte der Verlust im Jahresergebnis 2012 auf -1,1 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (-1,2 Mio. €) leicht gesenkt werden.

Das Thema Entgelte wird auch in Zukunft prägend sein, da die Entgelte die Haupterlöse des Unternehmens darstellen. Die noris inklusion gemeinnützige GmbH erwirtschaftet im Werkstattbereich aktuell 70 % der Gesamterlöse im Entgeltbereich über die Sozialleistungsträger. Beim Gesamtumsatz des Unternehmens beträgt die Quote der durch Entgelte erzielten Erlöse 78 %.

Damit wird deutlich, dass für die angebotenen Leistungen auch kostendenkende Entgelte von den Sozialleistungsträgern erzielt werden müssen. Dies stellt einen entscheidenden Schlüssel zur Verbesserung der Ergebnissituation dar.

Augenfällig war sicherlich auch die Umfirmierung Anfang 2013 im Rahmen einer Satzungsrevision. Die Satzung der Werkstatt für Behinderte stammte aus dem Jahr 1980. Seit dieser Zeit hat sich das Aufgabengebiet der Gesellschaft stark verändert. Aufgrund der Anpassungen der Angebote bestand zwischenzeitlich nur noch eine teilweise Deckung der Tätigkeit der Gesellschaft mit dem eingetragenen Satzungszweck.

Vor diesem Hintergrund wurde der Gegenstand der Gesellschaft an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Gleichzeitig hat die Werkstatt für Behinderte ihren Firmennamen in "noris inklusion gemeinnützige GmbH" geändert um dem an die tatsächlichen Gegebenheiten angepassten Satzungszweck Ausdruck zu verleihen.

F.9 Zusammenfassung und Ausblick

In der Zusammenschau der Zahlen des Haushaltsplanentwurfs 2014 und vor allem der Entwicklung des städtischen Haushalts in dieser Stadtratsperiode zeigen sich doch deutliche Verbesserungen, die sich auch in der Entwicklung der wichtigsten Daten festmachen lassen:

- In 2012 drittes positives Haushaltsergebnis in Folge und unter Einbezug der Eigenbetriebe Abbau der Verschuldung um 12,1 bzw. 33,1 Mio. € zum Jahresende 2012.
- Haushalt 2014 zum zweiten Mal in Folge vom Ergebnis her positiv und erstmals seit Einführung der Doppik mit seitdem vergleichbaren Rahmenbedingungen ohne Neuverschuldung und stabiler Liquiditätslage geplant.
- Letzteres trotz des Umstands, dass Nürnberg entgegen des bundesweiten Trends in den Kommunen seinen Investitionshaushalt weiterhin hoch hält und gegenüber dem letzten Vierjahresplan noch einmal brutto um 3,0 v.H. gesteigert hat.

Damit schafft es Nürnberg, seinen Spagat zwischen der Realisierung von Zukunftsinvestitionen (Kinderbetreuung, Schulen, ÖPNV, Infrastrukturmodernisierung und -sanierung) und gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortzusetzen. Fragt man nach den Ursachen dieses Erfolgs, so sind folgende Punkte zuerst zu nennen:

- Die kontinuierliche Steigerung der Steuereinnahmen aufgrund der stabilen Konjunkturlage in der Metropolregion, deren Unternehmen die Folgen der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise bisher erstaunlich robust bewältigt haben. Dabei macht der Anteil der Gewerbesteuer an diesen Einnahmen deutlich, dass der Kampf des Städtetags um ihren Erhalt richtig war!
- Desweiteren helfen uns Zusatzeinnahmen durch Zuweisungen von Bund und Land, die das Ergebnis von harten Verhandlungen der Städte in der Gemeindefinanzreformkommission und im Rahmen der Gespräche zur Umsetzung des Fiskalpaketes sind. Darunter fällt insbesondere die vorgezogene Komplettübernahme der Grundsicherung im Alter ab 2014 (48 Mio. €). Gegenüber dem Freistaat zahlte sich die Geschlossenheit des Bayeri-

schen Städtetags im Rahmen der jährlichen Finanzausgleichsverhandlungen dahingehend aus, dass der Anteil der Kommunen am steigenden Steuerkuchen des Freistaats zunehmend auch der Bedeutung unserer Leistungen im Rahmen der föderalen Arbeitsteilung entspricht.

- Sind die ersten beiden Punkte noch auf viele externe Faktoren zurückzuführen, so ist als dritte Ursache die konsequente und ausgewogene Ausgabenpolitik der Verwaltung und des Nürnberger Stadtrats zu nennen. Dabei war es verwaltungsintern und parteiübergreifend Konsens, die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten und neben den investiven auch die konsumtiven Mittel für Personal und Sachausgaben etwa bei der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig jedoch hat die Stadt seit 2008 ein 50 Mio. € Sparpaket abgearbeitet, dessen dritte Tranche mit knapp über 11 Mio. € in den Jahren 2014 und 2015 im Wesentlichen bewältigt wird. Das heißt, wir haben auch unsere eigenen Hausaufgaben gemacht. Insgesamt zeigt sich an vielen Stellen, dass Nürnberg im Großstadtvergleich in Deutschland schlanke Ausgabenstrukturen hat, immer gemessen an den Leistungen, die wir erbringen.

Aus Sicht des Finanzreferats bleibt zu hoffen, dass diese drei Faktoren auch in den kommenden Jahren, d.h. in der neuen Stadtratsperiode in ähnlicher Weise die weitere Entwicklung beeinflussen. Der aktuelle mittelfristige Finanzplan lässt es als möglich erscheinen. Gleichwohl ist nicht zu leugnen, dass es auch Risiken gibt, die zumindest ein Fragezeichen an verschiedenen Stellen setzen:

- Bleibt es bei der guten Wirtschaftsentwicklung oder setzen externe Krisenschocks, vielleicht durch ein Wiederaufflammen der Eurokrise, unsere Unternehmen unter Druck?
- Wie wirken sich die Schuldenbremse und der Fiskalpakt auf die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Kommunen und Ländern, aber auch zwischen Ländern und Bund aus? Immerhin müssen bis 2019 wesentliche Weichen für die Gemeindeverkehrsfinanzierung, den Aufbau Ost und den Länderfinanzausgleich gestellt werden.
- Wie kann die Stadt die vielen, sich noch in der Diskussionsphase befindlichen Bauprojekte finanzieren – von der Ausweichspielstätte zur Opernhaussanierung bzw. einem Konzertsaal bis zu den teuren Brückensanierungen? Ist ein kontinuierli-

cher und nennenswerter Schuldenabbau realistisch? Schaffen wir es, quasi in einer Generation, Kraftakte wie den Ausbau der Kinderbetreuung, die Einführung von wirklichen Ganztageschulen und die Bereitstellung eines zukunftsfähigen ÖPNV zu bewältigen und gleichzeitig unsere Verschuldung abzubauen? Dies alles bei Aufrechterhaltung unserer bisherigen Leistungen. Schaffen wir noch zusätzliche Kraftakte, wie etwa den geforderten qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung?

All diese Fragen werden in der nächsten Stadtratsperiode beantwortet. Aktuell zeigen uns die Zahlen des Stadthaushaltes 2014, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Und nicht zu vergessen: die Einführung des neuen Produkthaushaltes und eines kennzahlenorientierten Steuerungssystems sind nach der Einführung der dezentralen Budgetierung und der Doppik ein wichtiger Schritt im Hinblick auf eine weitere Modernisierung, mehr Transparenz und bessere Steuerbarkeit unserer Finanzen und Leistungen. Dieser erste Produkthaushaltsentwurf für 2014 enthält noch viele Lücken, die in den nächsten Jahren zu schließen sind. Es wird ein gemeinsamer Arbeits- und Lernprozess, diese neuen Instrumente so zu nutzen, dass wir unsere Ziele erreichen. Aber wir haben uns auf den Weg gemacht.

Fazit: der Haushalt 2014 ist formal, strukturell und von den wesentlichen Eckdaten ein wichtiger Schritt nach vorne!

Nürnberg, im September 2013

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'H' followed by a cursive 'Riedel'.

Harald Riedel, Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg